Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, ... Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post ... 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Kolonelzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefunterlegung 30 Pf.

Nr. 32 | Dresden, Dienstag den 8. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der bayerische Karneval

Kahr und die Entwaffnung

Gestern verkündete ein amtliches Telegramm, daß sich die in Berlin versammelten Ministerpräsidenten über die der Entente gegenüber einzuschlagende Politik vollkommen einig gewesen seien. Heute erfährt man, daß das tatsächlich nicht der Fall war. Der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Kahr, hat in Berlin im Auftrage seiner Regierung eine Stellung eingenommen, die sich durchaus nicht mit der der Reichsregierung deckt. Es wird berichtet:

München, 8. Februar. Der für gestern nachmittag angesetzte bayerische Ministerrat, in dem Ministerpräsident Dr. v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz und der Reichsregierung erstatten sollte, ist verschoben worden. Es steht zunächst noch nicht genau fest, wann der Ministerrat zusammentreten wird. **Voraussichtlich aber heute vormittag. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerratsmitgliedes. — Wie die Telegraphen-Union erfährt, konnte in Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechungen mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und abgewartet werden soll, was sich dort, und zwar nicht nur in der Entwaffnungs-, sondern auch in der Reparationsfrage ergeben läßt. Im heutigen Ministerrat wird Ministerpräsident Dr. v. Kahr über diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit Bericht erstatten. Dann werden auch Besprechungen mit den Koalitionsparteien des Landtags stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur bayerischen Stellung zu nehmen haben.**

Während die Reichsregierung auf dem Standpunkte steht, daß Deutschland in der Entwaffnungsfrage im wesentlichen nachgeben müsse, will die in Bayern jetzt herrschende Reaktion auf die Einwohnerwehr nicht verzichten. Nach dem Verhalten der Bayerischen Volkspartei im Reichstag schien es zwar so, als ob auch diese Partei mit den Ausführungen des Ministers Simons einverstanden sei. Inzwischen hat aber die Partei selbst eine ziemlich wüste nationalistische Hetze eingeleitet, zu deren Sprachrohr sich auch der Herr v. Kahr in Berlin gemacht zu haben scheint. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt u. a.: Deutschland sei im Sinne des Friedensvertrages entmilitarisiert. Die Auflösung der Einwohnerwehr hätte mit dem Friedensvertrag nichts zu tun. Der Außenminister Simons habe angekündigt, daß er mit den Landesregierungen wegen der Entwaffnung nochmals Rücksprache pflegen wolle. Was die bayerische Einwohnerwehr anbelange, so dürfte diese Aeußerung dahin aufgefaßt werden, daß der Außenminister sich noch einmal von der unerschütterlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen wolle, um Argumente für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Es würde dann mit einer Spannung zwischen Bayern und dem Reiche gedroht, wenn die Reichsregierung nicht den von den Bayern gewünschten Standpunkt einnehmen würde. Das bayerische Volk sei in seiner großen Mehrzahl von der Richtigkeit der Politik seiner Regierung so überzeugt, daß ein Abschwenken der Regierung von der Politik die tiefsten Erschütterungen in Bayern hervorrufen würde.

Inzwischen werden in München durch Aufrufe an den Anschlagsäulen die chauvinistischen Leidenschaften der Münchner Bevölkerung aufgestachelt. Neben einer von der Deutschnationalen Volkspartei unterschriebenen Kundgebung ist eine solche von anonymer Seite erschienen, in der die Reichsregierung in der niederträchtigsten Weise bekämpft und an das deutsche Volk die Frage gerichtet wird, ob es die Entscheidung über sein Schicksal wieder in die Hand einer Regierung in Berlin legen wolle, die den deutschen Namen seit zwei Jahren habe erniedrigen lassen, und die Ehre um materielle Vorteile verschachern wolle. Das alles geschieht mit Genehmigung derselben Behörde, die erst vor einigen Tagen alle Versammlungen des verfassungstreuen Republikanischen Schutzbundes verboten hat.

Nach Schluß einer Massenversammlung der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei zogen einige tausend Teilnehmer geschlossen durch die Straßen, um vor den Hotels, in denen Mitglieder der Entente wohnten, zu demonstrieren. Im Vorbeimarsch erzwang die Menge die Schließung eines vornehmen Kabarettlokals und wandte sich dann dem Deutschen Theater zu, wo als letzte der durch Regierungsverbot aufgehobenen Faschingsveranstaltungen der weiße Preisball stattfand. Die Demonstranten umlagerten länger als eine Stunde lärmend und patriotische Lieder singend das Haus, ehe die Polizei einschritt. Mehrere Skandalmacher, die in die Theaterräume eingedrungen waren, wurden verhaftet, zwei von ihnen mußten aber wieder freigelassen werden, da sie sich — als Mitglieder der Polizei legitimierten.

Die Bayerische Staatszeitung erinnert mit Recht daran, daß Bayern noch den Belagerungszustand habe, Umzüge also verboten seien. Das Regierungsorgan gibt mit erstaunlichem Freimut der Verwunderung Ausdruck, daß die Polizei, obwohl ihr bekannt gewesen sei, daß die Demonstrationen geplant waren, nichts getan habe, sie zu verhindern. Die Erklärung ist, so wird der Frankfurter Zeitung aus München geschrieben, jedoch nicht so schwer zu finden. Sie liegt in dem Umstand, daß die sogenannten nationalsozialistischen Arbeiter die zuverlässigste Stütze des neuen bayerischen „Ordnungsstaates" bilden, dessen Hauptrepräsentant neben Herrn v. Kahr sein politischer Intimus, der Polizeipräsident Poehner, ist. Die mit dem Hakenkreuz geschmückten Demonstranten riefen bei ihrem Zuge durch die Stadt: **„Die Reaktion marschiert!"**

Die Reaktion in Bayern treibt ein sehr gefährliches Spiel. Das bayerische Verhalten ist im höchsten Grade geeignet, der Reichsregierung die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Kein vernünftiger Mensch wird den bayerischen Reaktionären glauben, daß sie wirklich die Einwohnerwehren zum Schutze gegen kommunistische Gefahren brauchen. Wenn es in Bayern noch eine Anzahl Narren geben sollte, die sich einbilden, mit Gewalt das kommunistische Himmelreich erkämpfen zu können, so werden Polizei und Reichswehr mit diesen Leuten im Ernstfalle ebenso gut fertig werden wie in andern Teilen des Reiches. Wahrscheinlich ist aber gerade in Bayern die Gefahr irgendwelcher kommunistischer Putsche geringer als irgendwo anders. Die bayerische Arbeiterschaft dürfte jedenfalls nach den Erfahrungen der Münchner Rätezeit von derartigen gefährlichen Spielereien genug haben. Von der Reichsregierung muß man verlangen, daß sie den Bayern gegenüber sehr energisch auftritt, wenn die Bayern durch ihren verbohrten Eigensinn und ihren nationalistischen Fanatismus die Reichspolitik erschweren. Schließlich ist Bayern mehr auf das Reich, als das Reich auf Bayern angewiesen, und wenn die bayerische Reaktion etwa Lust zu Absonderungsbestrebungen haben sollte, so werden unsre Bergarbeiter sehr wohl in der Lage sein, sie darüber zu belehren, daß Bayern ohne das Reich nicht existieren kann.

Wünschenswert wäre es aber vor allem, daß sich in Bayern diejenigen Teile der Bevölkerung recht energisch rühren, die nicht unter dem Einfluß der herrschenden nationalistischen Reaktion stehen. **Unter keinen Umständen darf es geduldet werden, daß in dieser überaus schweren Zeit, in der das deutsche Volk von so großen Gefahren bedroht ist, die Politik der Reichsregierung durch die bayerische Verbohrtheit erschwert wird.**

* * *

National-Bolschewisten

Die Verbrüderungsszenen, die sich in München zwischen nationalbolschewistischen Hochschülern und Kommunisten abgespielt haben, sind, so schreibt J. E. in der Vossischen Zeitung, nicht lediglich als Ersatz für den abgesagten Karneval zu betrachten. Tatsächlich steht die Regierung Kahr zwischen zwei Feuern: zwischen der Opposition von links und einer unterirdischen Drohung von rechts.

Wenn die Regierung Kahr mit solcher Sorge der Entwaffnungsaktion entgegensieht, so geschieht das offenbar aus dem Gefühl heraus, daß die rechtsradikalen Elemente die Beunruhigung, die zweifellos durch die Beseitigung der Einwohnerwehr entstehen würde, auszunutzen versuchen könnten. Für die Gefahr, die in der Tat von dieser Seite droht, sei das Zeugnis des Grafen Bothmer angeführt, der im Bayerischen Königsboten schreibt:

Ich fürchte nicht die Macht der Sieger. Aber ich fürchte noch den Parteihaß und den Eigennutz im eigenen Lande. Die Gespenster Nationalbolschewismus, Schmiedererepublik spuken zur Zeit wieder mächtig in den Köpfen einzelner Personen. Nur Festigkeit, Besonnenheit und Treue gegenüber dem Volke werden Segen bringen. Militärische Renommisten aber, die in der Abenteuerlust von Personen ihren Ursprung haben, sind nicht Symptome von Kraft, sondern von Fäulnis.

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß verantwortliche bayerische Persönlichkeiten es als eine **schwere Belastung für die ganze innere Entwicklung betrachten, daß eine Anzahl militärischer Persönlichkeiten Bayern zum Ruhesitz** gewählt haben und — sei es mit, sei es ohne eigenes Zutun — zum Mittelpunkt von Bestrebungen und Hoffnungen gemacht werden, die für Bayern und für das Deutsche Reich ernste Gefahren heraufbeschwören müßten.

Es muß immerhin zu denken geben, daß ein kleinbürgerliches Blatt, wie die Münchener Zeitung, den gemeingefährlichen Unfug des Nationalbolschewismus wohlwollend behandelt. Mit Genugtuung wird in der Sonntagsnummer erklärt, die Fühlung zwischen den unbekümmerten Nationalisten der deutschen Rechten und Radikalisten der deutschen Linken sei hergestellt.

„Der Nationalbolschewismus organisiert sich und marschiert. Vorläufig haben nur einige wenige den Mut, mit ihrer Person hervorzutreten. Aber der Gedanke an die Unerträglichkeit der dem deutschen Volke zugedachten Sklaverei wühlt in allen Kreisen."

Das Blatt bemüht sich weiter, nachzuweisen, daß es nicht unmöglich sei, eine gemeinsame Plattform herzustellen. Sogar mit dem Ruf der Kommunisten „Es lebe die deutsche Räterepublik!" will sich das Münchner Spießerblatt abfinden, wenn damit „Organisation und Kontrolle der Arbeit durch Arbeiter" gemeint sei, und es lehnt lediglich die Dritte Internationale ab unter Berufung auf die Darlegungen, die der Führer der Münchner Rechtsradikalen, Dr. Hans v. Hentig, übrigens ein Norddeutscher, in seinem Verbrüderungsartikel in der kommunistischen Neuen Zeitung machte. Es hieß da:

„Die Arbeiterschaft muß bedenken, daß die studierende Jugend zu einem großen Teil politisch nicht denkt. Daß sie unter dem Druck von Anschauungen steht, die ihr unanfechtbar erscheinen. Und daß gerade der Teil der Studentenschaft, der mit der November-„Revolution" keine Art zu denken gemein hat, der der treueste und innerlich anständigste ist. ... Die studierende Jugend ist national. Sie hat es mit Tausenden von Toten gezeigt und wird es in alle Zukunft zeigen."

Wenn das kommunistische Blatt darauf mit der Aufforderung antwortet **„Laßt uns auf die Straßen gehen und die revolutionäre Volkserhebung anrufen,"** so zeigt das eine Stimmung, die der Entente lieber nicht gefährlich werden kann, wohl aber dem deutschen Volk, insbesondere aber den Bayern, denen abermals eine Minderheit aufgeregter Schwärmer und betrogener Betrüger einen Rätespuk aufzuzwingen droht, der durch seine Mischung von nationalistischer Romantik, kommunistischer Demagogie und bolschewistischem Nihilismus ein wahres Höllengebräu darstellen würde.

Das Berliner kommunistische Organ bemüht sich, seine Münchner Genossen vor dem neuen Abenteuer abzuschrecken. Es schildert die Studenten, mit denen sich ihre Genossen in München verbrüdern wollen, möglichst abschreckend:

„Das sind dieselben Leute, die je nach den Zeitläuften entweder Kommunisten totschlagen oder Magnus Hirschfeld verprügeln oder Juden erschießen oder vor dem Grafen Arco Schildwache stehen oder den Kahr anpreisen oder „Gott strafe England" schreien oder das Hakenkreuz tragen oder — wenn der deutsche Schmerz es will — auch den Sowjetstern. Das sind keine Proletarier, noch nicht einmal Lumpenproletarier, sondern ganz gemeines Lumpenpack, das höchstens einen Bildungsgrund für sich hat: daß es, dank dem jetzt wieder 12prozentigen Bier, das doch nicht genau weiß."

Zweideutiger verhält sich schon die rechtsradikale Deutsche Zeitung, in der Herr Wantenbrecher mit großer Genugtuung davon spricht, daß nach irgendwelchen Geheimberichten die Kommunisten in Frankreich eine halbe Million Mitglieder zählen, und daraus die Hoffnung schöpft, daß Frankreich heute schon am Abgrund stehe, so daß nur wenig dazu gehöre, es „ganz hinunterzustoßen". Das ist die alte Rechnung auf die Weltrevolution, eine liebe, gute Bekannte aus den ersten Wochen der deutschen Republik, wo täglich neue Nachrichten einliefen, daß auf den englischen Schiffen die rote Fahne gehißt sei und daß Foch im Automobil nach Amerika geflohen sei. Die Tollhäusler von ganz rechts sind jetzt da, wo die Narren von ganz links im November 1918 waren. Sie passen in der Tat gut zusammen. Das deutsche Volk wäre verloren und verkauft, wenn es sich diese tollen Sprünge gedankenloser Schwätzer und Hetzer auch nur eine Stunde gefallen ließe.

* * *

Münchner Fasching

München, 7. Februar. Das von der Regierung Kahr erlassene Faschingsverbot hat keineswegs den beabsichtigten Eindruck nationaler Würde erzielt, sondern ganz im Gegenteil zu ferneren anarchistischen Zuständen geführt, die sich im „Ordnungsstaat Bayern" besonders grotesk ausnehmen. Als alle Eingaben an den Ministerpräsidenten ergebnislos blieben, erklärten die Wirte, Saalinhaber und das Personal einfach, daß sie sich an das Verbot nicht halten würden, und so kommt es, daß der **Münchner Fasching toller als je zuvor** weitergeht und auch die Polizeistunde unbeachtet bleibt. Dagegen protestieren nun wieder die Nationalsozialisten und Deutschnationalen durch Umzüge und gewaltsame Störungen. Am Sonnabend kam es im Schauspielhaus bei der Aufführung von Schnitzlers Reigen zu Skandalen. Nach dem dritten Bilde erhob sich eine Dame zu lautem Protest, worauf eine Schlacht mit Stinkbomben entstand. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden, worauf ein Schutzmannsaufgebot das Theater räumte. Die Polizeidirektion München hat darauf heute in einer Verfügung die weitere Aufführung des „Reigen" wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe verboten. Eine andere Demonstrantengruppe suchte nachts den Bal paré im Deutschen Theater zu sprengen, wobei es im Garderobenraum zwischen deutschnationalen Studenten und dem Personal zu einer Schlägerei kam. Polizeiwehr mußte einschreiten. Es gab mehrere Verletzte.

In der reaktionären Presse ist uns Bayern immer als die Ordnungszelle angepriesen worden, von der aus sich echt deutsche Zucht und Sitte wieder über das verderbte Deutschland verbreiten müßten. Tatsächlich scheinen Regierungen und Behörden nirgends so wenig Autorität zu besitzen, wie in dem „Ordnungsstaat" Bayern.

Der Kampf um den Vertrag

Hört man jene Hansnarren und Kindsköpfe, so könnte man meinen, jetzt sei der Augenblick gekommen, um durch irgendeine phantastische Tat das ganze Vertragswerk von Versailles in die Luft zu sprengen. Dabei weiß jeder, der die Entwicklung der Dinge einigermaßen verfolgt hat, daß es sich in diesem Augenblick nicht darum handelt, den Vertrag von Versailles von deutscher Seite irgendwie anzutasten, sondern im Gegenteil ihn vor den Antastungen zu schützen, denen er von der andern Seite ausgesetzt ist.

Diejenigen, die dazu raten, man solle unter den gegenwärtigen Umständen irgendeine Deutschland auferlegte Vertragspflicht unerfüllt lassen, fallen Deutschland geradezu in den Rücken. Die **Entwaffnung der Einwohnerwehren** zu fordern ist die Entente auf Grund des Vertrags ganz zweifellos berechtigt, wird sie verweigert, so wird der Kampf auf dasjenige Gebiet verlegt, das Deutschland am allerungünstigsten und wo ihm die Niederlage am gewissesten ist. Die Entente

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] und sie wird der Welt außerhalb des Umkreises der englisch und französisch [illegible] verständlich einzureden versuchen, daß die Pariser Beschlüsse über die Wiedergutmachung mit dem Vertrag und mit der wirtschaftlichen Vernunft in Einklang zu bringen sind. Sie hat es aber kinderleicht, der Welt zu beweisen, daß die Entwaffnung der [illegible] im Vertrag von Versailles begründet ist und daß Deutschland durch Verweigerung der Entwaffnung Vertragsbruch üben würde. Die Welt hat ferner ein lebhaftes Interesse daran, daß Deutschland nicht wirtschaftlich zugrunde gerichtet wird und daß die unsinnigen Ausfuhrabgaben fallen, die den Preis jeder deutschen Ware für das Ausland um $1/_8$ verteuern, aber außerhalb der blauweißen Grenzpfähle interessiert sich kein Mensch dafür, daß die bayerischen Spießer an hohen Sonn- und Feiertagen mit dem Schießprügel herumlaufen dürfen, mit dem sie nur Unfug verüben, aber auf keinen Fall das Vaterland schützen können.

Das deutsche Volk hat also ein Lebensinteresse daran, daß das Problem seiner Auseinandersetzung mit der Entente nicht durch die deutschnationalen Treibereien in unheilbarer Weise verschoben und verwickelt wird.

Die Entente hat erkannt, daß der Vertrag von Versailles ein mißlungenes Werk ist und daß er ihr nicht in dem Maße nützt, in dem er Deutschland schadet. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, eine Abänderung herbeizuführen, und das versucht sie zunächst, indem sie Deutschland durch Druck und Drohung zur Anerkennung von ihr gewünschter Aenderungen bringen möchte. Mißlingt ihr das, so wird sie sich zunächst auf den Vertrag zurückziehen und die Wiedergutmachungskommission wird vor dem 1. Mai eine Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen und Jahresraten von einer Höhe aufstellen, daß uns die Augen übergehen werden. Durch dieses Dickicht müssen wir dann auf irgend eine Weise hindurch. Erst wenn die Entente eingesehen hat, daß ihr die starre Durchführung des Vertrags ebensowenig nützt, wie ihr seine einseitige Abänderung zu ihren Gunsten gelingt, wird die Stunde für eine vernünftige Lösung gekommen sein.

Darüber muß man sich vor allem klar sein. Dann wird jeder verständige Mensch den deutschnationalen Rattenfängern in weitem Bogen aus dem Wege gehen.

Der Haschischrausch

Genosse Parvus, einer der besten Kenner des internationalen Finanzwesens, nimmt in der Zeitschrift Die Glocke (vom 5. Februar) zu den Pariser Beschlüssen Stellung. Seine überaus [illegible] Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß Frankreich und Deutschland in ihrem finanziellen Schicksal aufs engste aufeinander angewiesen sind. Parvus sagt wörtlich:

Frankreich ergab sich wieder einem Haschisch der Zahlen und [illegible] seine Wahn [illegible] Verbündeten. Es schafft dadurch eine Fiktion, durch die es sich selbst am meisten schaden. Denn worauf es ankommt, ist in der Hauptsache nicht der Umstand, ob Deutschland den Schuldschein unterschreibt, sondern ob die Welt den Schuldschein anerkennt. Selbst wenn man uns zwingen würde, einen Schuldschein von 1000 Milliarden Goldmark zu unterschreiben, so wäre damit für Frankreich nichts gewonnen, denn es würde diesen Schuldschein niemand [illegible] können. Was Frankreich braucht, ist ein sicheres, [illegible] Wertpapier, mit dem es seine internationalen Verpflichtungen [illegible] kann und das auch im Auslande seinen sicheren Umlauf und seinen unerschütterlichen Wert hat. Die deutschen [illegible] aber die Grundlage dazu abgeben, wenn alle Welt einig ist, daß sie tatsächlich geleistet werden können. Es handelt sich also nicht nur um unsere Zustimmung zu den Geldforderungen, die man uns auferlegt, als um die Anerkennung der Welt. Diese Anerkennung fehlt Frankreich und seinen Verbündeten. Sie fehlt nicht erst seit heute, seit dem Bekanntwerden der [illegible] Beschlüsse, sie fehlt ihm von Anfang an, seitdem die Bestimmungen des Versailler Vertrages bekannt geworden sind. Die Börse hat auf die phantastischen Entschädigungspläne ganz anders reagiert, als die [illegible]. Das ist eine Tatsache, über die man sich in Frankreich nicht hinwegtäuschen sollen sollte.

Woher kommt es, daß trotz dem gewaltigen Sieg Frankreichs und trotzdem alle Welt weiß, daß Frankreich aus Deutschland auf alle Fälle gewaltige Kapitalsummen bezahlt bekommen wird, der Kurs des französischen Frank gerade seit dem Bekanntwerden der Versailler Friedensbedingungen rapid heruntergegangen ist und daß er jetzt nicht einmal die Hälfte seines nominellen Wertes beträgt? Warum ist der französische Frank jetzt noch nicht einmal halb so viel wert, wie in den für Frankreich schlimmsten Tagen des Krieges? Weil die Forderungen des Versailler Friedensvertrages, weil das spätere Verhalten Frankreichs und seiner Alliierten in der ganzen Welt den [illegible] und den ganz bestimmten Eindruck hervorgerufen haben, daß man Deutschland dadurch zugrunde richten will. Wenn aber die Gläubiger ihren Schuldner selber zum Bankrott treiben, wie können sie erwarten, daß ihnen andere die Wechsel [illegible] dem Bankrott geweihten Schuldners abkaufen werden? Wenn Frankreich Deutschland Forderungen auferlegt, an deren Erfüllung die unbeteiligte Welt und eigentlich nicht einmal seine Verbündeten glauben, dann sagt man eben Frankreich: Behaltet eure deutschen Schuldscheine selbst!

Wenn die Bestimmungen des Ausfuhrzolles und der Kreditbeschränkungen beibehalten werden, so führt das zum Bankrott Deutschlands. Dann bekommt Frankreich überhaupt nichts.

Wenn man von diesen Bedingungen absieht, aber die hohen [illegible] beibehält, so wird die Börse die [illegible] Summen auf ihren [illegible] Wert zu reduzieren versuchen. Sie kann das nicht auf einmal tun. Das kann nur das Ergebnis von Kursschwankungen sein, die zeitweise tief unter den [illegible] Wert heruntergehen werden. Eine [illegible] Unsicherheit und eine Verschlechterung des Kredits sowohl Deutschlands wie Frankreichs werden die Folge sein. Wenn aber Frankreich seine Schulden höher verzinsen muß, so wirkt das gerade so, als wenn ihm die Entschädigung gekürzt worden wäre. In Friedenszeiten hat Frankreich seine Staatsschuld mit 3 bis 3½ Prozent verzinst. Es zahlt jetzt schon 5½ Prozent. Wohin die Entwicklung geht, zeigt das Beispiel der Schweiz, die ihre [illegible] Anleihe mit über 6 Prozent abgeschlossen hat. Schafft man gesunde Verhältnisse, so wird man in absehbarer Zeit zu einer Reduktion der Zinssätze gelangen, und es ist wohl anzunehmen, daß ein Staat wie Frankreich [illegible] Jahren — und die französische Berechnung geht ja auf 42 Jahre — kaum mehr als 4 Prozent Zinsen zu zahlen haben [illegible]. Wenn aber die Unsicherheit andauert und weitere enorme Massen [illegible] Werte auf den Geldmarkt geworfen werden, so wird der schweizerische Zinsfuß von 6 Prozent noch überboten und jedenfalls verallgemeinert werden. Wenn aber Frankreich statt 4 Prozent volle 6 Prozent Zinsen für seine Staatsschulden zu zahlen hat, so bekommt es weniger als die Hälfte der herausgerechneten und auf seinen Teil entfallenden Entschädigungssummen.

Wer hätte den Vorteil davon? Der Vermittler der französischen Kreditoperationen auf dem Geldmarkt! Es heißt, daß England diese Rolle übernehmen will. Dann wäre das Ergebnis dieses: Frankreich bekommt den Schein, England bekommt das Geld, und Deutschland trägt den Schaden. Die Londoner Börse scheint sich hier ja auf das Geschäft vorzubereiten, denn sie hat seit dem Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse den Kurs des französischen Frank stark heruntergesetzt.

Einen weiteren Vorteil hätten noch die goldproduzierenden Länder, denen die Entwertung der Valuta Reichtümer über Reichtümer in den Schoß wirft. Frankreich gehört zu diesen Ländern nicht.

Kommunistenverhaftungen in Paris

Paris, 7. Februar. Der Generalsekretär der Humanité Dunois sowie der Syndikalistenführer Greffelhues werden beschuldigt, Geld aus Moskau empfangen zu haben, um bolschewistische Propaganda in Frankreich zu betreiben. Dunois wurde verhaftet, Greffelhues einstweilen in Freiheit gelassen.

Humanité meldet, daß 13000 Soldaten der Armee Wrangel in die Fremdenlegion eingetreten seien und verlangt darüber Auskunft von Briand.

•

Syndikalistenverfolgung in Spanien

Madrid, 8. Februar. Aus Huelva wird gemeldet, daß die Regierung den Präsidenten und mehrere Mitglieder des Syndikats der Bergarbeiter von Rio Tinto verhaftet habe. Man nimmt an, daß sie deportiert werden.

•

Türkische Korsaren

London, 8. Februar. Aus Athen wird dem Daily Herald gemeldet, daß drei Delegierte der griechischen Sozialistischen Partei, die sich nach Moskau begeben haben, auf dem Rückwege umgekommen sind. Das Schiff, an dessen Bord sich die Delegierten befanden, wurde im Schwarzen Meere von türkischen Piraten gekapert und die drei Delegierten getötet.

Der Streit um die deutschen Kabel

London, 8. Februar. Aus Washington wird gemeldet, daß neue Bemühungen von den Staatsdepartements gemacht werden, um zu einem Uebereinkommen in der Frage der deutschen Kabel noch vor dem 4. März zu kommen, an welchem Tage die gegenwärtige Verwaltung scheidet. Unterstaatssekretär des Staatsdepartements, Davis, hat die Botschafter Frankreichs, Japans und Italiens eingeladen, mit ihm über diesen Gegenstand an einem Tage dieser Woche zu konferieren. Man glaubt nicht, daß ein Uebereinkommen bis zu diesem Tage möglich sein wird, denn Frankreich beharrt auf seinem Anrecht auf die Kabel Frankreich—Atlantischer Ozean, die sich gegenwärtig im Besitze Frankreichs befinden. Japan nimmt eine ähnliche Haltung ein.

Die Einladung nach London

Paris, 7. Februar. Havas berichtet aus London: [illegible] meldet, daß die Alliierten eine förmliche Einladung an die deutsche Regierung ergehen lassen werden, in der [illegible] deutsche Regierung ersuchen, Vertreter nach London [illegible] ferenz zu entsenden, auf der die Reparationsfrage [illegible] handelt werden soll. Der Zeitpunkt für die Konferenz ist [illegible] auf den 1. März festgesetzt.

Wie Intransigeant meldet, wird die französische Regierung auf der Londoner Konferenz durch die Minister Briand, Doumer und Loucheur vertreten sein.

•

Die Berechnung der deutschen Kriegsschuld

Paris, 8. Februar. Die Reparationskommission hat bereits mehrfach die alliierten und assoziierten Regierungen aufgefordert, ihr eine Liste ihrer Kriegsschäden zu unterbreiten zwecks Ansetzung der deutschen Schuld. Die Reparationskommission hat sich jetzt von neuem an die einzelnen alliierten Regierungen gewandt und den 12. Februar als letzten Termin für die Vorlage der Listen der Kriegsschäden festgesetzt.

Die Reparationskommission ist von der Botschafterkonferenz mit der Ausführung des 9. Abschnitts des Versailler Vertrags Artikel 248 bis 263 (finanzielle Bestimmungen) beauftragt worden.

•

Nitti zur Reparationsfrage

Rom, 8. Februar. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti erklärte in einer Unterredung zur Reparationsfrage:

Der Gedanke, das deutsche Volk nicht nur in seinem gegenwärtigen Bestande, sondern auch im Bestande künftiger Generationen zu belasten, ist ebenso absurd als verbrecherisch. Es bedeutet die Fortsetzung des Krieges und die Knechtschaft eines ganzen Volkes, das viele und schwere Fehler beging, dem aber die Zivilisation zum nicht geringen Teile ihre edelsten Errungenschaften verdankt. Europa wird keinen Frieden haben, solange Deutschland keinen Frieden hat. Rußland und der Islam werden nicht zur Ruhe kommen, wenn Deutschland zur Ruhe kommt; ganz Europa wird in Trümmer gehen, wenn Deutschland in Trümmer geht.

Wir haben Deutschland seinen Imperialismus vorgeworfen und es war ein gerechter Vorwurf. Heute, da [illegible] Deutschland seine Kolonien, seine Schiffe und seinen Kredit auf den Auslandsmärkte weggenommen haben und verlangen, daß es nur seine eigenen, sondern auch unsere Schulden zahle, befolgen wir in Wirklichkeit dasselbe Programm, dessen bloße Absicht wir Deutschland zum Vorwurf machten. Das ist nicht Gerechtigkeit, sondern Rache, und Rachepläne dürfen nicht geduldet werden.

•

Fortsetzung der Pariser Kammerdebatten

Paris, 8. Februar. Die Kammer wird heute nachmittag die Interpellation über die Resultate der Pariser Konferenz fortsetzen. Es wird nur noch ein Interpellant das Wort erhalten. Für die Diskussion sind jedoch 14 Redner eingeschrieben. Da die Regierung ebenfalls zu Worte kommen will, nimmt man an, daß die Debatte heute noch nicht zu Ende gehen wird. Sie dürfte erst am Mittwoch beendet werden oder am Donnerstag, falls die Kammer am Mittwoch, [illegible] Brauch entsprechend, nicht tagen wird.

Ueber die rednerische Auseinandersetzung zwischen Briand und Tardieu schreibt der römische Tempo: Briand hat nicht den Mut gehabt, das einzige in diesem Augenblick [illegible] Wort zu sprechen, nämlich, daß ein Volk sich den Sieg mit all seinen physischen, finanziellen und geistigen Kräften verdienen [illegible]. Man darf nicht den Anspruch erheben, einen solchen Krieg zu gewinnen, wenn man für den Sieg nichts weiter opfern will als sein Blut. Briand schien der Mann zu sein, der seinem Volke die Wahrheit hätte sagen können. Er hatte aber nicht den Mut dazu. So bestrebt er sich, den Reparationsplan zu verwirklichen, ohne [illegible] etwas zu reparieren. So beschwört er die Gefahr eines allgemeinen Ruins herauf vor allem für Frankreich, das das Opfer seiner eigenen Illusionen wird.

Botschafterwechsel

Berlin, 8. Februar. Der bisherige Vertreter Rußlands Wigdor Kopp, ist endgültig abberufen worden. [illegible] wird durch einen Bruder Krassins ersetzt werden.

Dem früheren Minister des Aeußern Oesterreich-Ungarns, Czernin, wurde der österreichische Gesandtschaftsposten in Berlin angeboten. Czernin hat sich Bedenkzeit erbeten.

Die Museen dem Volke!

Ueberall arbeitet man in Deutschland eifrig daran, die Volksbildung zu heben: Arbeitervereinigungen auf der einen, Hochschullehrer auf der andern Seite mühen sich, dem Volke die ihm in monarchischer Zeit vorenthaltene Bildung näher zu bringen. Auch in Dresden herrscht jetzt auf diesem Gebiete eine lobenswerte Tätigkeit. Nur die Verwahrerin köstlicher Schätze, die wie kaum andre der Erziehung und Erhebung dienen können — die Dresdner Museumsverwaltung —, scheint von diesem Streben ganz unberührt bleiben zu wollen. Sie öffnet wohl die Lokale, die die gewählten Schätze bergen, zum Teil auch unentgeltlicher Besichtigung, aber wie in vorrevolutionärer Zeit, da es noch „königliche“ Museen gab, immer nur noch zu Tageszeiten, während deren zwar die „Fremden“ Gelegenheit zum Besuch haben, nicht aber die arbeitenden Massen. Die Besuchszeiten sind meist angegeben: 10 bis 1 Uhr, 10 bis 2 Uhr, 10 bis 3 Uhr — alles Zeiten vor der Mittagszeit der sogenannten „festen“ Leute. (Einzig Gemäldegalerie und Historisches Museum machen eine Ausnahme, da sie im Sommer an manchen Tagen von Mittag bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sind; dagegen ist das Zoologische und Ethnographische Museum gar nur von 10 bis 12 Uhr zu besichtigen.) Selbst in der verkürzten Arbeitszeit kann der Arbeiter [illegible] kein Museum besuchen, und da die [illegible], es sei denn, daß einige Genossen [illegible] unsre willig freie [illegible] zu ihrer Volksbildung benutzen. Sonntags ist es nicht viel besser; ein Teil der Sammlungen ist gar nicht, der andere zu ganz ungünstigen Stunden geöffnet. Die Arbeiterfrau darf nicht an den Museumsbesuch denken, selbst wenn sie nicht auf Arbeit geht. Sie muß [illegible] mit dem Kochen [illegible] fertig ist, ist die Stunde für die Museumsbesuch [illegible] vorüber.

Hier muß nun endlich, und zwar recht schnell, Wandel geschaffen werden: alle Museen müssen [illegible] im Winter an einigen Nachmittagen bis zum Einbruch der Dunkelheit, im Sommer einen [illegible] bis 7 Uhr abends geöffnet sein, damit die Arbeiter sich noch die [illegible] Angestellte, Beamte und Geschäftsleute.

Solche [illegible], öfter wiederholt, sind besser als eine lange [illegible]. Denn das Studium der Bilder ermüdet und [illegible] eine Stunde aufmerksam in einem guten Museum [illegible], der Geist nimmt nicht länger etwas [illegible] auf. Also gebe man [illegible] den Besuch [illegible] unsrer Dresdner Sammlungen. Sonntags müßten alle Museen von früh bis in den späten Nachmittag ununterbrochen geöffnet sein, damit man nicht erst lange herumfragen und -suchen muß, um zu erfahren, was denn heute eigentlich zu sehen ist.

Gewiß wird das mancherlei Schwierigkeiten geben, aber sie müssen sich überwinden lassen. Man wird einwenden: Es entstehen durch Erfüllung unsrer Wünsche größere Kosten; man wird bei längeren Besuchszeiten und bei stärkerem Besuch mehr Aufsichtspersonal anstellen müssen. Das mag richtig sein. Aber wir wissen genau, daß man eine ganze Anzahl seit Kriegsschluß ganz oder doch teilweise überflüssig gewordene Behörden und Bureaus nicht „abbaut“, weil man nicht weiß, wohin man mit den dort angestellten Leuten soll. Man mache aus ihnen Museumsaufseher, aus den höher Gebildeten Museumserklärer. Es möchten viele Besucher vor den Bildern gern mündliche Erklärungen haben; man macht stets die Erfahrung: Sobald ein Kundiger etwas laut erklärt, bildet sich sofort um ihn ein Kreis andächtig Lauschender. Der Aufseher ist nicht für Auskünfte in Kunstfragen da. Auch schämt mancher sich heute, seiner Unwissenheit, versteht vielleicht auch gar nicht recht zu fragen. Wenn aber der Besucher weiß: Der Herr mit der Armbinde, auf der das Wort „Erklärer“ steht, ist dazu angestellt, Auskünfte zu erteilen, es wird ihn sogar freuen, wenn du ihn fragst! — so wird er sich ohne Scheu an ihn wenden. Den meisten Besuchern aus dem Volke sind die Museen heute nur erst noch Raritätenkabinette. Sollen sie wirklich Bildungs- und Erbauungsstätten für das ganze Volk werden, darf man Mühen und Kosten nicht scheuen.

ba.

Theater

Opernhaus. Richard Strauß' Rosenkavalier, dieses liebenswürdige Rokoko [illegible] aus der Wiener Stadt, war gestern in der tragenden Hauptrolle neu besetzt. Und zwar ist dies nicht der Titelheld, er, der jungfräuliche stürmische Liebhaber Graf Octavian, der von der Liebe im Boudoir der Frau Feldmarschallin durch Schicksal zur [illegible] Jungfer Sophie kommt, sondern es ist die reife schöne [illegible] Frau, die die Seele dieser graziösen Tragödie ist, von der [illegible] vielleicht einmal sagen würde „oberflächlich, aus Tiefe“. „Nehmen und geben mit leichten Händen — wer nicht so ist, den straft das Leben und Gott erbarmt sich seiner nicht.“ Diese fast buddhistische Auffassung im Gewande des lebensfreudigen Rokoko führt uns Hugo von Hofmannsthal in der alternden Frau Marschallin mit gewinnender künstlerischer Feinheit vor in jenem Gemisch von Wehmut und Ueberlegenheit und Güte, die über diese Gestalt ausgegossen ist. Wir hatten hier in Dresden, nach des Komponisten eigenen Worten in früheren Jahren die beste Vertreterin dieser Rolle: Fräulein Margarete Siems, die uns in ihrer weltklugen, groß angelegten Auffassung und der phänomenalen stimmlichen Durchführung der Partie unvergessen bleiben muß. Nach ihr bestand gestern Frau Viereck-Kimpel mit hohen Ehren. Im ersten Akt, der Ankleideszene, fehlte mancher tiefere Zug der Vornehmheit, der leichte Sprachton entbehrte noch der vollen Sicherheit und Abgeklärtheit, was sich bei Wiederholungen, dank der ungewöhnlichen Musikalität der Künstlerin bestimmt restlos erfüllen wird; denn alle gesanglichen Linien waren bestechend genußreich durchgeführt. Das schöne Terzett gegen Schluß, getragen von der strahlenden Stimme der Viereck-Kimpel, dem dunkelsamtenen Organ Eva v. d. Osten-Plaschkes und der klaren Höhe der Merrem-Nikisch, war der Höhepunkt des Abends. Grete Merrem, die wir vor sieben Jahren in der lieblichen Mädchenpartie zum ersten Male hörten, hat sich die glockenhelle [illegible] und Höhe bewahrt und im Spiel jene etwas zu beliebte [illegible] behalten, die zu dem eben aus dem Kloster gekommenen [illegible] Geschöpf nicht ganz paßt. Die Osten wurde nach der [illegible] besonders gefeiert; sie ist aber auch eine scharmante Verkörperung dieses Jünglings mit [illegible] Seele und Sinnen. In kleineren Rollen hörte ich Elfriede Haberkorn als Intrigantin, [illegible] Zobiel als Sänger sehr stimmschön und wohleingeordnet. Frau Fiebiger-Peisker zum ersten Male als Duenna erfüllte ebenfalls die Anforderungen an diese Anstandsdame voll. Ermold als Ochs von Lerchenau habe ich immer für zu grob und brutal in der Auffassung gehalten, auch stimmlich zu grotesk. Noch heute muß ich an Perrons [illegible] Landedelmann zurückdenken. Kutzschbach führt das Ganze mit sicherer Ueberlegenheit.

ed.

Die Hellerauer Dalcroze-Schule legte in einer rhythmisch-plastischen Aufführung wiederum einen Aufriß ihres Lehr[illegible] Von den Tonelementen und ihrer nächsten Verwendung ausgehend, wurden ferner Uebungen in rhythmischer Gymnastik und angewandter Rhythmik vor Augen geführt. Ich halte an meiner schon vor zehn Jahren gewonnenen und verkündeten Anschauung fest, daß die hier geübte Disziplin von unumstrittenem günstigem Einfluß auf körperliche Ertüchtigung ist, in ästhetischer Beziehung die Freude an schöner Leibesbewegung lebendig macht, und daß die rhythmische Gymnastik in den Lehrplan der allgemeinen Schulen aufzunehmen ist. Wie das zu machen, darüber mögen sich Leute vom Schulfach äußern. An der rein musikalischen Seite dieses Lehrprinzips vermag ich dagegen nichts Positives zu sehen. Gewiß stehen diese bestimmt ausgesprochenen Meinung eines musikalischen Musikers die von Hunderten enthusiastisch gestimmten Laien und Dilettanten gegenüber; aber deswegen braucht ja die Stimme des Verständigen, Unterscheidungs- und Urteilsfähigen nicht zu verstummen. Eine große Anzahl der gezeigten Uebungen beweist, daß es hier — eben im musikalischen Fach — auf Mechanisierung [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die aufgelöste Landwirtschaftskammer

Das preußische Staatsministerium hat, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Landesökonomiekollegium aufzulösen, ebenso die Breslauer Landwirtschaftskammer, wegen der bekannten Vorgänge am 27. Januar, wo ... der Vorsitzende der Kammer eine Huldigung für den früheren Kaiser darbrachte und die offiziellen Vertreter der Regierung aus dem Saale gedrängt wurden.

Die Auflösung der schlesischen Landwirtschaftskammer war die einzig mögliche Antwort der Regierung auf die ungeheuerliche Provokation, die der Vorsitzende jener Kammer, der Junker ..., und ihre Mitglieder am 27. Januar vollbrachten. ... feierte die Kammer ihr 25jähriges Bestehen. Der Vorsitzende hielt eine Ansprache, die in eine Verherrlichung Wilhelms ... und die junkerlichen Mitglieder hörten sie stehend an. Die ... Vertreter der Regierung, Oberpräsident Bitta (Oppeln) ... Regierungspräsident Jaenicke (Breslau) sowie Oberbürgermeister ... (Breslau), blieben bei der Monarchenhuldigung sitzen. Dafür wurden sie angerempelt und unter Tumult aus dem Saale gedrängt, ... schloß seine Rede mit dem Ruf: „Mit Gott für König und Vaterland!" Daß eine solche monarchistische Huldigung in einer ... Körperschaft der Republik nicht ungesühnt bleiben konnte, ist selbstverständlich. Die Auflösung der Kammer ist nur die logische ... der Provokation.

Reichskonferenz der Maschinisten und Heizer der Binnenschiffahrt

Montag den 7. Februar wurde im Volkshause zu Dresden die Reichskonferenz der Maschinisten und Heizer der gesamten deutschen Binnenschiffahrt, einberufen vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer, abgehalten. Die Konferenz war von Delegierten aller Ströme und ... Kanäle des Reichs beschickt. Die deutschösterreichischen Kollegen sind durch den Genossen Lohnauer, Wien, vertreten.

Die Konferenz nahm den Bericht des Reichsfachkreisleiters ..., Berlin, entgegen. Anschließend entspann sich eine lebhafte ..., in deren Verlauf die Wünsche der Kollegen bezüglich der ... und Arbeitsbedingungen und der Gesetzgebung zum Ausdruck gebracht wurden. Besonders wurden die Einführung des Betriebsrätegesetzes, die Umgestaltung des Binnenschiffahrtsgesetzes, Regelung ... für Maschinisten u. a. m. verlangt. Entsprechende Anträge wurden angenommen. Entrüstung löste die Mitteilung der Donau-Kollegen aus, wonach in Ungarn das Ausbleiben der Verbandszugehörigkeit an Bord der Schiffe genügt, um sie den ... auszuliefern. In Bayern werden Gewerkschaftsführer polizeilich verfolgt, Gewerkschaftsversammlungen müssen ... werden und ähnliche Schikanen mehr. Die Konferenz ... und machte tiefen Eindruck.

Als Delegierte zum Verbandstag wurden Doppelhammer, ..., Dietrich, Ruhnert, und Bergholz, Hamburg, gewählt. Die ... der Angestellten ergaben die einstimmige Wiederwahl des ... und der übrigen Angestellten. Nach einem ... Schlußwort des Vorsitzenden Schlichting wurde die Konferenz geschlossen.

Frankreich und Polen

Paris, 7. Februar. Sonnabend abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor ... Pilsudskis folgende gemeinsame Erklärung ... verbreitet worden:

Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, ... besorgt um ihre eigne Sicherheit und um die Erhaltung des Friedens von Europa, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, die die beiden befreundeten Länder vereint, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ... kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen ... Zwecke für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung miteinander zu bleiben.

Das offiziöse Petit Parisien schreibt, die gemeinsame ... der französischen und polnischen Regierung bedeute ... Aufrechterhaltung der ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen und gegenseitige Unterstützung. Sie sei jedoch nicht als ein formeller Vertrag auszulegen.

Das Blatt bestätigt, daß Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen fortgesetzt würden, die jedenfalls zu einem ...vertrag führen würden, ähnlich demjenigen, der jüngst mit der Tschecho-Slowakei unterzeichnet worden sei.

•

Chicago Tribune meldet, der Hauptzweck der Reise ... sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und ... in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Sollte das wirklich der Fall sein, so darf man Pilsudskis Mission als gescheitert ansehen, da ein fester Vertrag nicht zustandegekommen ist. Als Grund hierfür führt Chicago Tribune an, Frankreich wünsche erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet.

•

Amerikas Botschafter bei Briand

Paris, 8. Februar. Der französische Ministerpräsident Briand hat gestern morgen den amerikanischen Botschafter empfangen, mit dem er sich lange unterhalten hat.

Oesterreichs Versklavung

Jedermann ohne Ausnahme muß arbeiten und sparen! So mahnte der Präsident Dr. Beck in der konstituierenden Sitzung der österreichischen Ersparungskommission. In der Selbsthilfe sieht er das erste Mittel zur Wiederaufrichtung der zertrümmerten Staatswirtschaft, aber keineswegs das einzig genügende. Er hoffe aber, wenn Oesterreich selbst kräftig Hand anlege zu seiner Rettung, so werde das als ein verstärkter Appell an das Gewissen der Welt wirken, die moralisch und völkerrechtlich verpflichtet sei, aber auch ein eigenes Interesse daran habe, mitzuwirken, daß das Volk Oesterreichs als Kulturelement der Völkergemeinschaft erhalten bleibe. Darum begrüße der Präsident die Aussicht auf Mitwirkung von Vertretern der Reparationskommission im Schoße der Ersparungskommission.

Inzwischen hat auch Loucheur in Paris die ersten Schritte getan, ein Bankkonsortium zu schaffen, das Oesterreich Kredite gewähre, da bekanntlich Lloyd George die Gewährung von Staatskrediten an den verstümmelten Rumpf Deutschösterreich kurz und bündig abgelehnt hat. Die Aufgaben der Gesellschaft werden genauer in einem Aufsatz der Europe Nouvelle bezeichnet. Befugnisse werden darin zugleich diesem Bankkonsortium zugestanden, das unser Brudervolk im Süden auf eine Stufe mit Leopolds Kongonegern herabdrückt.

Vom Anschluß an Deutschland, den die Mehrheit des Volkes ersehnt, will die Entente noch immer nichts wissen.

Die karlistische Wiener Montagszeitung teilt mit, daß die Mantelnote, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben ist, das Anschlußverbot neuerlich betont. Gleichzeitig verweist das Blatt darauf, daß der Wiener französische Geschäftsträger nach dem französischen Kabinettwechsel dem Bundeskanzler Dr. Mayer mitteilte, daß, falls Oesterreich tatsächlich den Anschluß zu vollziehen beabsichtigt, die Besetzung Wiens durch tschechische Truppen und die Besetzung Kärntens durch Südslawen in Aussicht genommen sei.

Graf Sforzas Auslegung

Rom, 7. Februar. Im Senat hielt der Minister Graf Sforza eine Rede über die Ergebnisse der Pariser Konferenz, in der er u. a. sagte: Es sei sehr schwierig, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands einigermaßen zutreffend anzugeben, da Deutschland sie bisher nicht bekanntgemacht habe. Es bestehe zur Zeit in Deutschland ein scharfer Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Bedingungen, die das Bestreben zeigten, zur früheren Blüte zurückzukehren, und der finanziellen Lage, die beunruhigende Krisen befürchten lasse. Die Pariser Verständigung bewirke, daß die Alliierten am wirtschaftlichen Wohlergehen Deutschlands interessiert seien. Falls man in London zu einer weiteren Verständigung gelangen werde, so würde die begonnene Arbeit die glücklichsten Ergebnisse zeitigen. Der Minister schloß seine Rede mit der Erklärung, man nähere sich immer mehr einer Atmosphäre der Duldsamkeit und gegenseitigen Zusammenarbeit. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der Inlandpreis für Brotgetreide

Eigene Drahtmeldung

Bremen, 8. Februar. Bei den Besprechungen, die der Reichsernährungsminister Dr. Hermes mit führenden Persönlichkeiten des Bremer Handels hatte, wurde vorgeschlagen, zur Förderung der inländischen Produktion den Inlandpreis für Brotgetreide auf 3000 M. pro Tonne statt 1450 M. festzusetzen. Es wurde dabei ausgeführt, daß dadurch keine Erhöhung des Brotpreises einzutreten brauche, weil der hohe Zuschuß von 5½ Milliarden Mark für ausländisches Brotgetreide zum Teil gespart werden könne. Reichsernährungsminister Hermes erwiderte darauf: Er wolle wohl auf Grund starker inländischer Produktion so schnell wie möglich zur freien Wirtschaft kommen, er könne aber die Konsumenten nicht mit einem Male durch das Tal der Preiserhöhung gehen lassen. Im übrigen sagte er zu, die Frage der Anlieferung der Einfuhr von Gerste, die er als eine teilweise Durchbrechung der Zwangswirtschaft für untunlich hält, in der Konferenz der Ernährungsminister in München zur Besprechung zu stellen.

Das Reichswirtschaftsmuseum in Leipzig

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, 8. Februar. Vor geladenen Pressevertretern fand gestern eine Besichtigung des neuen Reichswirtschaftsmuseums in Leipzig statt, dessen offizielle Eröffnung heute erfolgen soll. Nach einer Begrüßung durch den Vorstand Geheimen Kommerzienrat Schmidt, hielt der Direktor des Museums, Dr. Dahlet, einen erschöpfenden Vortrag über Zweck und Ziel des Museums. Es folgte ein Rundgang durch die Ausstellungsräume, deren Inhalt ein umfassendes Bild über Deutschlands Wirtschaftsleben gibt.

Kahr vor dem Fall

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 8. Februar. In Regierungskreisen sieht man mit großer Spannung auf die für heute erwartete Entscheidung der Lage in Bayern, wo die Stellung des Kabinetts Kahr kritisch geworden ist. In der gemeinsamen Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Einzelstaaten am Sonnabend hat die bayerische Regierung als einzige unter allen den Standpunkt vertreten, daß die Entwaffnungs- und Wiedergutmachungsnote der Entente als Ganzes zu betrachten und zu behandeln sei, und daß daher die Ablehnung sich ebenso auf die Entwaffnung sowie auf die Forderung der Wiedergutmachung erstrecken müßte. Dagegen steht die Reichsregierung und mit ihr die Einzelregierungen auf dem Standpunkt, daß die Wiedergutmachungsforderungen als unerfüllbar abgelehnt werden müßten, daß jedoch die Entwaffnung, entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen, loyal durchgeführt werden müßte. Das Kabinett Kahr hat sich nun so festgelegt, daß es ihm nicht leicht sein wird, einen Ausweg zu finden. Es ist also leicht möglich, daß v. Kahr heute sein Amt niederlegen wird.

Deutschland auf der Londoner Konferenz

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 8. Februar. Das Auswärtige Amt hat der französischen Botschaft mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Einladung zur Londoner Konferenz angenommen hat, unter der Voraussetzung, daß die deutschen Gegenvorschläge zur Verhandlung gelangen werden.

Verzicht der belgischen Regierung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 8. Februar. Die belgische Regierung hat der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß sie auf die Beschlagnahme des deutschen Eigentums, zu der sie nach dem Friedensvertrag berechtigt ist, verzichtet.

Eine neue griechische Offensive

Rom, 8. Februar. Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 70 000 Mann vorbereitet. Die Türken machen große Anstrengungen, um der griechischen Armee Widerstand leisten zu können. Nachrichten aus dem kemalistischen Lager zufolge beabsichtigen die Türken, wenn die griechischen Truppen bei der bevorstehenden Offensive Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten.

Deutsches Reich

Ein neuer Mord in Oberschlesien

Breslau, 7. Februar. Der bekannte oberschlesische Fußballspieler Fabian vom Verein für Rasenspiele Myslowitz ist gestern von polnischen Banditen erschossen worden. Fabian war vor einiger Zeit aus dem deutschen Verein ausgetreten, um Mitglied des polnischen Sportvereins zu werden. Aber schon nach kurzer Zeit kehrte er dem Polenverein den Rücken und wurde wieder Mitglied des deutschen Vereins. Dies gab Veranlassung zur Mordtat.

Verhaftung deutscher Beamten in Kattowitz

Breslau, 8. Februar. Wie die Schlesische Zeitung nach Meldungen Kattowitzer Blätter berichtet, wurden am Freitag abend zwei Beamte der politischen Abteilung der Kattowitzer Polizeidirektion, der Polizeirat Hoerisse und der Kriminalwachtmeister Klein, auf Veranlassung der interalliierten Kommission unter der Beschuldigung verhaftet, Spionage betrieben zu haben.

Wiederherstellung der Freizügigkeit

Der Reichsarbeitsminister hat sich, wie verschiedene Blätter berichten, für die baldige Aufhebung der die Freizügigkeit einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen erklärt, da auf Anfrage die Landesregierungen und die Spitzenverbände der Arbeitgeber dieser Auffassung des Ministers beigetreten sind. Demnach steht die Wiederherstellung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer bevor.

Baukostenzuschüsse

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß der Hauptausschuß des Reichstages zur Förderung der Neubautätigkeit 925 Millionen Mark bewilligt habe. Da das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — daraufhin mit Anfragen und Anträgen auf Zuweisung von Geldern aus diesen Mitteln überhäuft wird, muß darauf hingewiesen werden, daß die Bewilligung dieser 925 Millionen Mark nicht die Bereitstellung neuer Mittel bedeutet, sondern lediglich die endgültige Einstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 1920 durch einzelne Notetats bereits bewilligten und inzwischen restlos verbrauchten Beträge betrifft. Für 1921 sind gegenwärtig noch keine Baukostenbeihilfemittel verfügbar. Wenn auch mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß zur Förderung des Wohnungsbaues demnächst öffentliche Gelder wieder flüssig werden, so kann doch vor übertriebenen Hoffnungen nicht genug gewarnt werden; denn daß etwa der fast allerorten aufgetretene dringende Bedarf im laufenden Jahre auch nur in einigermaßen befriedigendem Umfange gedeckt werden könnte, erscheint bei der gewaltigen Höhe der Baukosten so gut wie ausgeschlossen.

Dresdner Polizeibericht

Einbrüche. In der Nacht zum 1. Februar wurde in einem Produktengeschäft in der Theaterstraße ein Einbruch verübt. Den Dieben fielen etwa 2200 Stück Zigaretten verschiedener Marken, verschiedene Päckchen Tabak und ein größerer Posten Kakao, Kaffee und Schokolade in die Hände. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf und bittet um sachdienliche Mitteilungen. — Ferner wurden in der Zeit vom 3. bis 6. Februar aus einer Wohnung in der Zobelner Straße sämtliche Kleidungs- und Wäschestücke sowie die Federbetten und anderes im Gesamtwerte von 21 400 M. gestohlen. Die Wäsche ist „M. B." und „E. K." gezeichnet. Die Buchstaben sind rot und weiß gestickt. Der Kriminalposten ..., Roßmäßlerstraße 14, bittet hierzu um sachdienliche Mitteilungen.

Diebstahl. In der Nacht zum 1. Februar ist einem Herrn von einer Frauensperson eine goldene Damenuhr, mit Brillanten besetzt, nebst einer langen goldenen Kette im Gesamtwerte von 8000 M. gestohlen worden. Als Diebin kommt eine unbekannte Frauensperson in Frage, die etwa 20 Jahre alt und 160 Zentimeter groß ist. Sie trug dunkelblaues Kleid mit weißem Kragen, Pelzkragen und Dreimasterhut mit weißem Kreppenreiher. Wer Angaben über die Person machen kann, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

Einbrecher- und Hehlerbande festgenommen. Der Kriminalpolizei gelang es, eine Einbrecher- und Hehlerbande zu ermitteln und festzunehmen, die sich in Berlin unter falschem Namen aufhielt und von da aus Streifen durch ganz Deutschland ausführte. Dabei hat sie auch in Dresden eine große Anzahl Geschäftseinbrüche verübt, die teilweise bis Mitte vorigen Jahres zurückliegen. Insgesamt konnten ihnen 41 Einbrüche nachgewiesen werden. Das von ihnen gestohlene Gut, das sie an einen hiesigen Händler und in Berlin für geringe Beträge abgesetzt haben, hat einen Wert von über 1 Million Mark. Die Einbrecher waren mit den modernsten Einbrecherwerkzeugen ausgerüstet und führten auch scharfgeladene Schußwaffen bei sich.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Pegel	6.	7.		Pegel	6.	7.
Moldau	Budweis	— 8	— 10	Elbe	Brandeis	+ 194	+ 208
Moldau	Modran	+ 68	+ 65		Melnik	+ 140	+ 145
Iser	Jungbunzlau	+ 49	+ 40		Leitmeritz	+ 134	+ 154
Eger	Laun	+ 78	+ 71		Aussig	+ 190	+ 188
Elbe	Pardubitz	+ 119	+ 58		Dresden	+ 24	+ 24

... Kunstanschauung, die der künstlerischen Ausbildung entgegensteuert. ... nicht glauben kann, auf diesem Wege richtunggebende Musiker ... zu bilden — der Gedanke macht sich bemerkbar. Demgegenüber ... die von Valerie Kratina einstudierten Kinderreigen, was ... schöpfende Phantasie an anmutigem Formen zutage zu ... vermag. P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 9. Februar. Opernhaus: Tannhäuser (6). — Schauspielhaus: Gyges und sein Ring (7). — Albert-Theater: Und Eva tanzt (7½). — Zentral-Theater: ... (7). — Residenz-Theater: Ihre Hoheit — ... (7).

Literarischer Verein. Mittwoch den 9. Februar, nachm. 4½ Uhr ... Vortrag über Genius.

Bühne für Volkskunst im Volkswohl-Theater. Mittwoch den 9. Februar Aufführung des dreiaktigen Schwanks Aschermittwoch; in der Rolle der Dresdner Pensionatsvorsteherin gastiert Anna Schendler, das frühere Mitglied des Hoftheaters. Dieses Gastspiel wird Sonntag den 13. Februar wiederholt. — In den Nachmittagsvorstellungen an Mittwochen und Sonnabenden kommt vorerst das Märchen im drei Kleine Rotkäppchen, bei kleinen Preisen zur Aufführung.

Die Uraufführung des neuen Dramas von Hermann Kesser: Die Brüder, findet unter der Leitung des Intendanten Dr. Karl Hagemann am 25. Februar im Wiesbadener Staatstheater statt.

Der Dichter Walter Hasenclever teilt uns mit der Bitte um Veröffentlichung mit, daß er aus der Redaktion der Zeitschrift Menschen ausgetreten ist, nachdem die beiden ersten Hefte des neuen Jahrgangs unter seiner tätigen Mitarbeit erschienen sind.

Kleine Mitteilungen

Der gestörte Reigen. Bei der zehnten Wiederholung von Schnitzlers „Reigen" im Münchner Schauspielhaus kam es, wie uns von dort gemeldet wird, beim dritten Bild, wie der Herr dem Stubenmädchen gegenüber handgreiflich wird, zu einem von den Logen ausgehenden Entrüstungssturm, dem sich alsbald ältere und jüngere Herren anschlossen, die Einstellung der Aufführung verlangten. Trotz den heftigen Widerstand der für die Fortsetzung Eintretenden, ... deren Auseinandersetzungen mit den Widersprechenden bald in ... und Trampeln und sich steigernden unbeschreiblichen Tumult, ... Direktor Hermine Körner nötigte, durch den Spielleiter erklären zu lassen, sie sei bei dem Umfang der Störungen mit der Absetzung des Stückes einverstanden. Schutzleute ... schließlich die Streitenden und bewegten sie zum friedlichen Weg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bekanntmachung.

Montag den 31. Januar 1921, gegen 7 Uhr abends, ist in Alt-Lommatzsch eine Scheune und ein Seitengebäude des [illegible] Gutsbesitzers [illegible] ... in Deutschenbora eine Scheune ... [illegible] ... in Lobeditz ... [illegible] ... in Trogen ... [illegible] ... in Oelsa eine Scheune und ein Schuppen des [illegible] Otto ... [illegible] ... Brandstiftung zerstört worden.

Für Ermittelung und Ergreifung des Täters sowie für alle hierzu führenden Mitteilungen, die an die Landeskriminalpolizei Dresden, [illegible] ... erbeten werden, wird mit Genehmigung des Justizministeriums hiermit eine Belohnung von

Fünftausend Mark

ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft behält sich vor, für den Fall, daß mehrere zur Ermittlung des Täters erfolgreich mitwirken sollten, die Belohnung nach freiem Ermessen zu verteilen.

Dresden, am 7. Februar 1921. **Die Staatsanwaltschaft.**

[illegible] ... Lastkraftwagensteuerordnung für den Bezirksverband Dresden-Neustadt wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, am 7. Februar 1921.

Lastkraftwagensteuerordnung

für den Bezirksverband Dresden-Neustadt.

§ 1. Der Bezirksverband Dresden-Neustadt erhebt eine Kraftwagensteuer ... [illegible] ... Wagen, die ... [illegible]

§ 2. 1. Steuerpflichtig ist der Besitzer des Kraftwagens ... [illegible]

§ 3. Bei Lastkraftwagen beträgt die Steuer auf jedes Kalendervierteljahr ... [illegible]

§ 4. 1. Die Steuer wird fällig jeweils am ersten Tage des Kalendervierteljahres.

2. Beginnt das Halten eines Kraftwagens erst im Laufe eines Kalendervierteljahres, so wird die ... Steuer mit dem Tage der Inbetriebsetzung fällig. Teile von Monaten gelten bei der ... als volle Monate.

3. Wird das Halten eines Kraftwagens im Laufe eines Kalendervierteljahres aufgegeben, so ist gleichwohl für das laufende Kalendervierteljahr die Steuer voll zu entrichten.

§ 5. 1. Die Steuer ist binnen zwei Wochen vom Fälligkeitstage ab an die Kasse der Gemeinde, in der der Kraftwagen gehalten wird, zu zahlen ... [illegible]

2. Den Gemeinden werden ... des an sie gezahlten Steuerbetrages überlassen; den Rest haben sie an den Bezirksverband abzuführen.

§ 6. Zur Vermeidung der Bestrafung wegen Steuerhinterziehung haben die Halter von Kraftwagen unter genauer Angabe ihres Namens und ihrer Wohnung der Erhebungsbehörde ... [illegible] ... schriftlich anzuzeigen.

§ 7. Die Vorschriften in §§ ...–80 des Gemeindesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1920 finden entsprechende Anwendung.

§ 8. 1. Diese Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 an in Kraft.

2. Die Steuer für das mit dem 1. Oktober 1920 beginnende Kalendervierteljahr wird mit dem Tage der Bekanntmachung der Steuerordnung fällig.

Dresden, den 30. Dezember 1920.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

(Stempel.) Dr. Lempe. [illegible]

Nährmittelverteilung.

1. Abschnitt B der gelben Nährmittelkarte ½ Pfund Zwieback oder Zwiebackbruch und ¼ Pfund Grieß,
   - B der roten und blauen Nährmittelkarte je ½ Pfund Grieß,
   - B der grünen Nährmittelkarte ¼ Pfund Grieß.

Der Preis für 1 Pfund Grieß beträgt 1.90 M. Für Zwieback und Zwiebackbruch sind die Preise den Paketen aufgedruckt.

2. **Bis zum 11. Februar 1921** sind die Anmeldeabschnitte von den Verbrauchern in einem Kleinhandelsgeschäft,

bis zum 14. Februar 1921 von den Kleinhändlern bei der zuständigen Kleinhändlerorganisation oder dem Großbetriebe,

bis zum 16. Februar 1921 von diesen bei der Amtshauptmannschaft anzumelden. **Nachanmeldungen bleiben unberücksichtigt.**

3. Die Belieferung der Abschnitte darf nicht **vor dem 23. Februar 1921** erfolgen.

4. Zuwiderhandlungen: Bundesratsverordnung vom 23. September 1915.

Dresden-Neustadt, den 7. Februar 1921.

1301 **Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.**

Erhöhung der Saatguthöchstmengen für die Frühjahrsbestellung.

In Abänderung der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt vom 10. September 1920, Saatguthöchstmengen für die Herbst- und Frühjahrsbestellung betr., wird hierdurch bekanntgegeben, daß die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe bei der Frühjahrsbestellung 1921 in den unter Punkt III der vorerwähnten Bekanntmachung aufgeführten Gemeinden und selbständigen Gutsbezirken beim Vorliegen von Handbau, Kleinbetrieb und Höhenlage über 300 Meter auf ein Hektar

- 4.40 Zentner Sommerroggen
- 4.40 Zentner Sommerweizen
- 4.00 Zentner Sommergerste und
- 5.00 Zentner Hafer

verwenden dürfen.

Hinsichtlich der übrigen Fruchtarten verbleibt es bei den am 10. September 1920 bekanntgegebenen Saatguthöchstmengen. 1312

Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, am 4. Februar 1921.

Die Amtshauptmannschaft hat folgende Personen neu verpflichtet:

1. Gutsbesitzer Bruno Oskar Döhnert als Gemeindevorstand in Großopitz;
2. Gutsbesitzer Walter Koch als stellvertretender Gutsvorsteher für den Staatsforstrevier Tharandt;
3. Gemeindebezirkssekretär Kurt Stöckgen als 2. stellvertretender Standesbeamter für den Standesamtsbezirk Gittersee;
4. Lehrer Martin Schreiter als 2. Gemeindeältester } für
5. Gewerkschaftssekretär Karl Müller als 3. Gemeindeältester } Briesnitz.

Anderweit sind verpflichtet worden:

1. Gärtnereibesitzer Karl Weger als Gemeindevorstand für Ockerwitz;
2. Gutsbesitzer Hugo Schmidt als Gemeindevorstand für Gohlis;
3. Tischlermeister Emil Alfred Winkler als 1. Gemeindeältester für Briesnitz.

Dresden-Altstadt, den 4. Februar 1921. 1312

Die Amtshauptmannschaft.

Butterverteilung.

Freitag den 11. und Sonnabend den 12. Februar 1921
auf Landesfettkarte der Stadt Dresden „Februar 5“
100 Gramm Butter.

Preis: 28.40 M. für ein Pfund = 5.70 M. für 100 Gramm. [1631]

Dresden, am 7. Februar 1921. **Der Rat zu Dresden.**

Kerzenverteilung.

§ 1. Abschnitt XII der gelben Haushaltungskarte B eine 6er Kerze für 1.45 M. oder eine 8er Kerze für 1.30 M.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem Kleinhandelsgeschäft **am 8. oder 9. Februar 1921** anzumelden und vom Geschäftsinhaber **am 10. oder 11. Februar 1921** bei der Firma Querch & Co. G. m. b. H. hier, Hamburger Straße ..., einzureichen. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 3. Die Lieferung der Kerzen an die Kleinhändler erfolgt gegen Rückgabe der Abschnitte oder frei Haus des Kleinhändlers nach und nach durch die Firma Querch & Co.

Die Kleinhändler haben in ihrem Geschäftsraum durch einen von außen deutlich sichtbaren Anschlag ihren Kunden den Eingang der Kerzen bekanntzugeben.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 bestraft.

Dresden, am 7. Februar 1921. **Der Rat zu Dresden.** [illegible]

Die Fischereinutzung des Palaisteichs und Neuteichs
im Großen Garten soll vom 1. April d. J. an bis 15. Oktober 1925 verpachtet werden. **Bietungstermin am 12. Februar, vorm. 10 Uhr,** in der Gartenkanzlei; die Pachtbedingungen liegen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr zur Einsichtnahme aus.

Die Staatl. Gartenverwaltung.

Zeichnerischer [1461]
Nebenverdienst.
Anst. A. L. an, Ahrberg, Spinnerei 1. Auskunft erbet.

Junge Leute, die ... Jahre sind, erhalten ... Auskunft: Hamburg 36, Schließfach 112 Z 62. [1485]

Säuglings- und Wöchnerinnen-Bedarfs-Artikel
kauft man bei Fr. J. ..., Ostra-Allee ..., Ecke ... 18.

Militärmantel
Hose, Waffenrock, Zahle höchsten Preis. [illegible]
Große Brüdergasse 6, I.

Alte [1b 208]
Grammophon-Platten
zahle pro Kilo **10 M.**
Noack
Bürgerstraße 8,
Straßenb. 6, 12, 15.

S. P. D., Gruppe Striesen.
[illegible]
Lagerhalter **Moritz Melde.**
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
[illegible] der Gruppe Striesen.

Am Sonntag verschied plötzlich an Herzschlag der ... und beliebte ...
Lagerhalter
Moritz Melde
[illegible] ... ein ehrendes Andenken ...

Die Gesamtverwaltung des Konsumvereins Vorwärts, Dresden.

Die Einäscherung findet Donnerstag den ... 4 Uhr, im Krematorium statt. [1b 284]

[illegible]
Herr Moritz Melde
[illegible] ... Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Einäscherung: Donnerstag, 4 Uhr, im Krematorium in Tolkewitz. [1b 1785]

Am 5. Februar verschied nach längerem Leiden unser erster Maschinist

Herr Karl Müller

aus Dresden-Cotta.

Wir beklagen seinen frühen Tod außerordentlich und betrauern einen sehr wertvollen Mitarbeiter, der uns 18 Jahre lang treue Dienste geleistet hat, verloren zu haben.

Sein Andenken werden wir jederzeit in Ehren halten!

Dresden, den 8. Februar 1921.

Aktien-Bierbrauerei zu Reisewitz.

Feuerbestattungen
Beerdigungen, Ueberführungen
Dresdner Beerdigungs-Anstalten
Pietät und Heimkehr [1b 327]
Am See 26 Bautzner Str. 37
Fernr. 20 153 u. 20 158. Fernr. 25 391.
[illegible]

Achtung! Ein Posten prima
Rindleder-Schnürstiefel
billig abzugeben. [1b 1784]
F. Lange, Stephanienstraße 84, I.

Billige Lebensmittel!

Großer Umsatz! Kleiner Nutzen!

Holl. Kakao, 27% Fettgehalt,	p. Pfd.	16.50
garant. reine, dunkle Ware		
Gelbe Erbsen	p. Pfd.	2.40
Gelbe Erbsen, geschält	p. Pfd.	2.50
Halbe Erbsen, geschält	p. Pfd.	2.25
Gelbe Viktoria-Erbsen, groß, ausgelesen	p. Pfd.	2.90
Große grüne Linsen	p. Pfd.	5.00
Weiße Rangoon-Bohnen	p. Pfd.	1.25
Sago, prima	p. Pfd.	3.00
Grüne Erbsen, ausgelesen	p. Pfd.	2.50
Haferflocken, nicht bitter	p. Pfd.	3.00
Makkaroni, Eierbändchen u. Suppensternchen	p. Pfd.	13.00
Gr. Backpflaumen	p. Pfd.	5.75
Ff. Rangoon-Tafel-Vollreis	p. Pfd.	3.00
glasierter Japan Reis	p. Pfd.	5.25
Tafelreis, glasiert	p. Pfd.	2.50
Hochfeiner Speisesirup	p. Pfd.	3.50
Kond. Milch „Ideal“	gr. Dose	9.00

Sämtliche Braunschweiger [1b 63]
Gemüse- und Obst-Konserven
zu noch nie dagewesenen Preisen.

Frisch gebrannter Kaffee	p. Pfd.	24.00
Margarine, sehr gute Butter	p. Pfd.	10.00
Schweineschmalz, das Feinste, was es gibt,	Pfund	13.00
Corned beef, 1-Pfd.-Dose		8.00
F. Weine Hausschl. Wurstwaren A. Pfeffer		
Hausmacher-Leberwurst	1 Pfd.	5.00

Jeder Einkauf führt zur dauernden Kundschaft
Georg Mannheim
Lieferung frei Haus. **Webergasse 3.** Fernruf 18661

Radeberg.

Die wahlberechtigten Frauen und Männer werden hierdurch zu der Mittwoch den 9. Februar, abends 7½ Uhr, im **Kaiserhof** stattfindenden

Oeffentl. Einwohnerversammlung

hierdurch eingeladen.

Landtagsabgeordneter **E. Völkel** [1b 416]
spricht über:

1. Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.
2. Die Mandatsniederlegung der bürgerl. Stadtverordneten.
3. Freie Aussprache. Der Saal ist gut geheizt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Gruppe Radeberg der S. P. D.**

Kaiser-Café
Wiener Platz Nr. 1
Grosse
Fastnachtsfeier. [1b 23]

SARRASANI
Täglich 7 Uhr, Sonntag auch 3 Uhr.
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus.
Der **herrlichste** aller **Circus**-[illegible]
Heute Mittwoch **auch 3 Uhr**
durchweg halbe Preise
für Kinder **und Erwachsene**

Ball-Anzeiger
für Mittwoch den 9. Februar

Ball-Haus-Ball	ist einzig! Herrliche Überraschungen. Vornehme feine Tanzdiele. Mittwochs und Sonnabends
Gasthof Alt-Cotta	Endstation der Linie 13. Mittwochs 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Gasthof Wölfnitz	Neu! Neu! Wundervoll. Heckenrosen-Saalschmuck „Rosa-gold“!
Schweizerhäuschen	Schweizer Straße 1. Jeden Mittwoch: Gr. öffentl. Ballmusik. Anfang 6½ Uhr.
Westend	Chemnitzer Str. 107. Straßenbahnlinien 1, 15, 22. Letzte Wagen: 1: 11.37; 15: 11.35. Verlängert. Leit. Musikdir. Schönberg.
Wilder Mann	Endstation der Linie 6. Tonkünstler-Orchester. (Weiteres s. Anschlagsäulen.)

Annensäle, Fischhofplatz 10.
Heute Dienstag: Großer
Anf. 4 Uhr **Fastnachtsball** Anf. 4 Uhr
Getanzt wird in
?? 3 Sälen 3 ??
?? mit verschiedenen Ueberraschungen ??
Morgen Mittwoch d. 9. Febr., Anfang 6½ Uhr
Feine öffentl. Ballmusik
zugunsten der Grenzfreunde. [1b 1850]
Musik phänomenal • Versäume niemand.

Gasthof Seidnitz
Heute. **Großer Fastnachtsrummel.**

Ausgebrannte Metallfadenlampen
kauft jedes Quantum **W. Kinzel,** Annahmestelle: Ziegelstraße 25 (Zigarrengeschäft), Annahmestellen an allen Orten gesucht. [1b 1776]

Vaterland Licht-Spiele
Freiberger Platz — 20.
Vom 8. bis 15. Februar
Täglich 5½, 7¼, 9¼ Uhr, Sonntags ab 3 Uhr.
Uraufführung!
Falscher Start
Ein **Drama schöner Frauen** aus der **Faschingszeit** und aus **Rennkreisen** in **6 Akten. Die große Faschingsredoute!**
Hauptrollen:
Maria Leiko, Georg Alexander.
Frühlingsmanöver
Köstliches Lustspiel in 3 Akten.
Devise:
Recht herzlich lachen ist gesund!

Die Wirkung der SALVIUM-PRÄPARATE bei **HALS- und BRUSTERKRANKUNG** ist hervorragend.
[illegible]
Salviumpastillen Schachtel 5.– M.
Salviumöl Flasche 20.– M.
In allen Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Fabrik: Salviumgesellschaft, Dresden 26.

S/N
Mehrere zurückgestellte
Nähmaschinen
mit Garantie
preiswert abzugeben
Karl Winkler
G. m. b. H.
Struvestraße 9
König-Johann-Str. 19
(Laden).

Kaufen Sie
Dixin
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

---

4 Federbetten
und Kissen, Möbel, ... Schrank ... preiswert ...
Verk. Gr. Brüdergasse ...

HR
Nur während des Inv.-Ausverkaufs
Wolle
10 Gebd. [illegible]
Zwirn
1000 Meter [illegible]
Damenstrümpfe
Paar [illegible]
Kinderstrümpfe
Paar [illegible]
Richter
[illegible]

Korsette
jetzt bis **50 Prozent** unter Preis [1b 313]
Erdmann Anders
Wilsdruffer Strasse 22. Hauptstrasse 30

Felle!
[illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Mietsteuer?

Von Wilhelm Sollmann

[illegible] Schon der Nationalversammlung lag ein Gesetzentwurf [illegible] Erhebung einer Mietsteuer vor. Er wurde nicht mehr [verab]schiedet. In dem seither verflossenen Jahre ist das Problem der Mietsteuer viel umstritten, aber wenig geklärt worden. Viel berufene und unberufene Köpfe schauten noch einer [illegible] zum Wohnungsbau auf absehbare Zeit notwendigen Ueberteuerungszuschüsse, ohne daß eine Lösung gefunden worden wäre. Damaschkes Vorschlag, Heimstätten[illegible]pfandscheine zu drucken, der infolge der rührigen [illegible] der Bodenreformer von zahlreichen Organisationen [illegible] wurde, ist im Wohnungsausschuß des Reichstages [von] allen Sachkennern ohne Unterschied der Partei als nicht [illegible]bar bezeichnet worden, obwohl Damaschke Gelegenheit hatte, seinen Gedankengang im Wohnungsausschuß ausführlich darzulegen.

Fünf Tage vor der diesmaligen Vertagung des Reichstags [illegible] ihm nun je ein Gesetzentwurf der Reichsregierung und des Reichsrates zu, die wieder nichts anderes waren, [als] eine Mietsteuer. Die Sozialdemokratie hat die[se] [illegible] dieses wichtige und in seinen [illegible] immer zu überlebende Gesetz durch[illegible] mit Erfolg zurückgewiesen. Die [illegible] kamen nicht mehr in das Plenum des Reichstags. Mit diesem negativen Erfolg aber war nichts erreicht, [denn] es war damit nichts getan zur Herstellung dringend notwendiger Kleinwohnungen. Trotz all unsren Bemühungen [weigerte] sich der Reichsfinanzminister noch einmal Milliarden [zur] Deckung für Ueberteuerungszuschüsse herzugeben. Die [illegible] gebietet, zuzugestehen, daß er schwerlich anders [illegible], zumal wenn man die drohende Finanzkontrolle durch [die] Entente in Erwägung zog. Es bestand also, wenn die Verhandlungen im Wohnungsausschuß ergebnislos blieben, die [illegible] Gefahr, daß ein wesentlicher Teil der diesjährigen Bau[zeit] für die Herstellung von Wohnungen ungenutzt verlief, [daß] zehntausende Wohnungen nicht gebaut, [daß] hunderttausende Arbeiter der Bau[ge]werbe arbeitslos wurden. Eine weitere nicht [geringe] Gefahr trat hinzu. Vertreter der Länder erklärten [aus] beachtenswerten Gründen, daß die Länder den entsetz[lichen] Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkte nicht länger [zuseh]en könnten. Wenn jetzt der Reichstag nichts zustande [bringe], müßten die Länder selbständig gesetzgeberische Maßnahmen treffen. Damit aber bestand die für eine [gesu]nde Wohnungspolitik geradezu ver[heer]ende Gefahr, daß dem Reiche der Einfluß auf das Wohnungswesen stark entwunden und eine buntscheckige Wohnungssteuergesetzgebung in [den] Ländern geschaffen wurde.

In dieser Zwangslage faßten die ihrer Verantwortung bewußten Parteien des Wohnungsausschusses den [illegible] Entschluß, ein Notgesetz zu schaffen, das dem [Reichs]finanzminister die Möglichkeit gibt, einundeinhalb Milliarden Mark als Ueberteuerungszuschüsse für Kleinwohnungen herauszugeben, ohne daß der Mietsteuer-Gesetzentwurf verabschiedet werden mußte. Dieses Notgesetz verpflichtet die Länder, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens [illegible] Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. Nur [illegible] sollen die Länder eine Mietsteuer oder Zuschläge zu den Grundsteuern erheben. Auch die Gemeinden erhalten die Berechtigung, Zuschläge einzuziehen. Wichtig ist aber, daß [die] Grundsätze für die Bemessung und Erhebung dieser Abgaben und Zuschläge noch [nicht fest]stehen, sondern erst durch ein Reichsgesetz geregelt werden sollen, das bis zum 1. Mai 1921 verabschiedet [wird]. Kommt dieses Reichsgesetz nicht zustande, so haben [die Län]der das Recht, selbst eine gesetzliche Regelung zu treffen.

Die Lage ist nun so:

Es werden sofort aus Reichsmitteln einundeinhalb Milliarden für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die [Deck]ung erfolgt später durch eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude oder durch Zuschläge zu den Grundsteuern. Wie diese Steuern in ihren Einzelheiten aussehen werden, welche Abstufungen sie erhalten, wer von ihnen befreit ist, darüber wird der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt beraten. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Sprecher Silberschmidt ausdrücklich erklären lassen, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem kommenden Gesetzentwurf vorbehält.

Daß wir gewillt sind, die Steuer so sozial zu gestalten, wie es bei einer Steuer überhaupt möglich ist, beweisen die Anträge, die wir schon vor der Vertagung im Wohnungsausschuß des Reichstages gestellt haben. Für uns sind drei Forderungen vor allem maßgebend: Die Abgabe, sie sei sonst wie sie wolle, muß die kleinen Einkommen freilassen, sie muß entgegen dem Bemühen bürgerlicher Parteien, insbesondere der Deutschnationalen, städtische und ländliche Bevölkerung erfassen; sie muß Rücksicht nehmen auf kinderreiche Familien, sie muß Gewähr bieten für eine starke Wohnungsluxussteuer. Endlich muß weitestgehende Sicherheit geboten werden, daß jeder Gewinn an Miete und Verkauf in den Häusern unmöglich ist, die mit so bedeutenden Zuschüssen aus Mitteln der Allgemeinheit gebaut wurden.

Das sind bei weitem nicht alle Forderungen, die wir an den Gesetzentwurf stellen, aber sie sind die Vorbedingungen, die uns eine Erörterung einer solchen Abgabe überhaupt möglich machen.

Was wir in dieser schwierigen Frage bisher taten, können wir vor dem Volke mit ruhigem Gewissen verantworten. Die Angriffe der Linksradikalen, die auf diesem Gebiete zu erwarten sein werden, kommen von Parteien, die zur Kritik an unsrer Tätigkeit nicht berufen sind. Die Kommunisten haben gewohnterweise beinahe jede Sitzung geschwänzt und haben im Ausschuß nicht einen einzigen Antrag gestellt. Die Unabhängigen aber begnügten sich mit der Leistung, auf ein Blatt Papier zu schreiben, daß die Notenpresse weitere fünf Milliarden Papiergeld drucken solle. Im Plenum des Reichstages haben diese beiden Parteien dann freilich mit den Deutschnationalen gewetteifert in langen Reden über die Wohnungsnot. Geredet aber ist über diese Frage bis zum Ueberdruß. Auch wir wissen, daß die Wohnungsfrage mit den bisherigen Mitteln nicht gelöst werden kann. Wir wollen sozialisieren. Darum üben wir ja seit Wochen und Monaten zusammen mit Kollegen von der unabhängigen Reichstagsfraktion und mit führenden Männern der freien Gewerkschaften in einer Sozialisierungskommission für das Wohnungswesen.

Jeder aber, der auch nur einer dieser Sitzungen beigewohnt hat, wird zugestehen, daß die Sozialisierung des Wohnungswesens eine Aufgabe ist, die nur in langwieriger Gedanken- und Organisationsarbeit zu lösen ist. Wir können die Wohnungsuchenden und die stürmisch nach Arbeit verlangenden Bauarbeiter nicht vertrösten, bis unsre Untersuchungen und wichtigen Diskussionen beendet sind. Es muß rasch gehandelt werden. Das haben wir getan und wir betrachten dies als ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird nicht nur um die steuerliche Deckung der Ueberteuerungszuschüsse, sondern auch um das Reichsmietengesetz, das den Mietpreis regeln soll, und um die Grundsätze der Wohnungswirtschaft überhaupt gerungen werden. Mögen die Mieter im Lande auf dem Posten sein. Auch in der Wohnungsfrage hat die Landtagswahl in Preußen am 20. Februar große Bedeutung. Die Kräfte, die dem Wohnungswucher mehr oder minder freien Lauf lassen wollen, sind stark. Nur wer sozialistisch wählt, hilft zu einer Wohnungspolitik, die wirklich den in elenden Behausungen zusammengedrängten Massen dient.

Bezirk Ostsachsen

Mit dem 1. Februar d. J. ist das Parteisekretariat für den 4. Unterbezirk eröffnet worden. Das Sekretariat befindet sich Dresden-A., Wettinerplatz 10 I., Telephonnummer 18 967. Die Geschäftszeit ist festgelegt auf 8 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Alle Geschäfts- und Kassenangelegenheiten sind nunmehr durch das Sekretariat zu regeln und alle den 4. Unterbezirk betreffenden Zuschriften zu richten an Gen. Zubik, Parteisekretariat für den 4. Unterbezirk, Dresden-A., Wettinerplatz 10 I.

Der Bezirksvorstand.
Der Vorstand des 4. Unterbezirks.

Sächsische Angelegenheiten

Leipziger Kundgebungen gegen die Pariser Forderungen

Einen bemerkenswerten Verlauf nahm die am Sonntag von der U. S. P. einberufene Massenversammlung. Reichstagsabgeordneter Seger sprach unter großem Beifall sehr energisch gegen die Erdrosselungspolitik der Entente und bezeichnete die bekannten Forderungen als unannehmbar, auch was die Luftschiffahrt betreffe, die Deutschland für wirtschaftliche Zwecke brauche, wie jedes andre Land. Aber man solle Verhandlungen einleiten. — Der Lektor an der Leipziger Universität, Peters, der Mitglied der Independent Labour Party ist und erst vor kurzem aus England zurückgekehrt ist, wo er Fühlung mit den dortigen Arbeiterkreisen genommen hat, warnte die deutschen Sozialisten, immer von neuem Deutschland die Schuld am Ausbruche des Weltkrieges aufzubürden. Auf diese Weise erschwerten sie den englischen Genossen den Kampf gegen die englische Regierung, die die Ententeforderungen mit der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege begründe. Die englische Arbeiterschaft glaube schon lange nicht mehr an die deutschen „Kriegsgreuel". — Die Diskussion nahm einen äußerst stürmischen Charakter an, da die Kommunisten die Versammlung zu sprengen drohten und die Internationale anstimmten. Auf diese Weise nahm die Veranstaltung ein vorzeitiges Ende. Beachtung verdient aber, daß selbst ein kommunistischer Redner den Bruderkampf der Arbeiter bedauerte. Der Referent sowie mehrere Debatteredner forderten eine geschlossene Front der Arbeiter gegen Paris. — Eine von der Demokratischen Partei einberufene Versammlung nahm eine Entschließung an, deren Schlußsatz lautet: „Wir sind entschlossen, das Schwerste und Bitterste zu tragen, denn es geht um das Leben und die Ehre unsres Vaterlandes." — Eine Wahlkreisversammlung der Deutschen Volkspartei, in der Abgeordneter Freiherr v. Lersner sprach, verlangte von der Regierung, daß sie, was auch kommen möge, auf ihrem entschlossenen Nein der Pariser Konferenz gegenüber beharre.

Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Leipzig, veröffentlicht einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt: Ueberall in den deutschen Massen regt es sich angesichts der [illegible] der Pariser Konferenz. Das Bewußtsein der entscheidungsschweren Stunde treibt zu gewaltigen Kundgebungen. Die Mittel der papiernen Proteste und reinen Entrüstungsversammlungen sind verbraucht. Das Ausland spottet über diese deutschen Gefühlsausbrüche. Das Urteil der Welt lautet: Deutschland redet nur und kann doch nicht handeln. Volksgenossen! Verzweifelt nicht! Wir können doch noch handeln. Wir können uns weigern, selbst an unsrer eigenen Versklavung mitzuarbeiten.

Der neue Eisenbahnrat

Die Verordnung über Errichtung eines sächsischen Eisenbahnrates hat unterm 20. Januar 1921 wegen des Ueberganges der Eisenbahnen an das Reich einige Aenderungen erfahren, aus denen das Wichtigste hervorgehoben sei. Der Eisenbahnrat besteht künftig aus zehn Vertretern der Arbeitgeber aus Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, von denen vier von den sächsischen Handelskammern, einer vom Landeskulturrat für den Freistaat Sachsen, einer vom Submissionsamt für den Freistaat Sachsen und einer gemeinschaftlich von den sächsischen Gewerbekammern abgeordnet werden, ferner aus zehn gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten, die vom Arbeitsministerium ernannt werden, sowie neun vom Reichsverkehrsminister ernannten Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt oder ernannt. Das Ministerium des Innern, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium können Kommissare in die Sitzungen des Eisenbahnrates entsenden. Der Eisenbahnrat bestellt für die Erledigung dringender Angelegenheiten sowie zur Vorbereitung seiner Beratungen aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuß von neun Mitgliedern. Die übrigen Aenderungen der Verordnung sind lediglich redaktioneller Natur.

Getreideausdrusch

Das sächsische Wirtschaftsministerium teilt mit: Die Reichsgetreidestelle hat als äußersten Termin, bis zu dem Brotgetreide und Gerste auszudreschen sind, den 28. Februar 1921 bestimmt. Unmittelbar im Anschluß an den Ausdrusch und ebenfalls spätestens bis zum 28. Februar ist das Getreide, soweit es nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zurückbehalten werden darf, abzuliefern. Nur in ganz besonders begründeten einzelnen Ausnahmefällen, wenn Ausdrusch und Ablieferung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, kann eine kurze Verlängerung der Frist zugelassen werden. Schuldhafte Versäumnis der Frist ist mit empfindlichen Strafen bedroht.

Erschwindelte Erwerbslosenunterstützung

Der Handelsmann May in Chemnitz hatte auf die Zeit von Anfang Januar bis Anfang September 1919 dadurch Erwerbslosenunterstützung zu erlangen verstanden, daß er absichtlich der Wahrheit zuwider den Beamten des Fürsorgeamtes Chemnitz gegenüber verschwieg, daß seine Ehefrau einen Handel mit Backmitteln betrieb, der einen wöchentlichen Verdienst von 150 bis 200 M. abwarf. Das Landgericht hat M. wegen Betrugs im Sinne der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge verurteilt, weil der erzielte Verdienst zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse für eine dreiköpfige Familie ausgereicht habe und somit ein Anspruch des Angeklagten auf Erwerbslosenunterstützung nicht bestand. Durch seine Handlung habe der Angeklagte über 1200 M. Erwerbslosenunterstützung zum Schaden der Stadtgemeinde Chemnitz bezogen. Die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision hat das Oberlandesgericht Dresden kostenpflichtig verworfen.

Anträge und Anfragen im Landtag

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, den durch das Streikverbot für Arbeiter und Angestellte in lebenswichtigen Betrieben geschaffenen Ausnahmezustand baldigst zu beseitigen.

Die unabhängigen Abgeordneten fragen an, was die Regierung zu tun gedenke, um angesichts der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise eine erneute Belastung der Arbeiter und Angestellten abzuwehren. — Eine kurze Anfrage des Abg. Hetzlein betrifft die Durchführung der Bestimmungen des Uebergangsschulgesetzes, betr. den weltlichen Unterricht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Lommatzscher Gegend häufen sich in beunruhigender Weise die Schadenfeuer. Vor wenigen Tagen sind in Birmenitz und Leutewitz Wirtschaftsgebäude in Asche gelegt worden. Kürzlich brach in Tragen beim Gutsbesitzer Schwabe ein Brand aus. Noch war dieser nicht gelöscht, da brach in Dobernitz ein großes Feuer beim Gutsbesitzer Müller aus. Als am letzten Sonnabend abend in Reppen ein Knecht aus einer Scheune Stroh holen wollte, kam ihm beim Oeffnen der Scheune ein Brandstifter entgegengesprungen, der leider unerkannt entkam, da Besitzer und Gutspersonal mit dem Ablöschen des erst im Entstehen begriffenen Schadenfeuers zu tun hatten. Am gestrigen Sonntag morgen brach im Gute von Otto in Priesa ein größeres Schadenfeuer aus. Aus nur zu begreiflichen Gründen laufen alle möglichen Gerüchte um; so ist auch der Tatort Hof, wo am 31. Januar der Gutsbesitzer Edelmann ermordet worden ist, in allernächster Nachbarschaft gelegen, wo die Brandstiftungen verübt wurden. Der Staatsanwalt hat, da schon wieder neue Fälle vorliegen, auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. — Im Schachte III des Zwickau-Brückenberg-Steinkohlenbauvereins wurden durch Zusammenbruch eines Kohlenortes die Häuer Hemmer und Langeld verschüttet. Langeld wurde als Leiche, Hemmer schwer verletzt geborgen.

Eine umstrittene Reichsgerichtsentscheidung

Ein Beleidigungsprozeß mit stark politischem Hintergrunde fand jetzt vor dem sächsischen Oberlandesgericht seinen Abschluß. Dem praktischen Arzt Dr. Bernhard in Radeberg war in einem unter der Spitzmarke „Proletarier-Elend und Bourgeoisie" in der Dresdner Unabhängigen Volkszeitung erschienenen Artikel der Vorwurf gemacht worden, daß er eine schwerkranke Fabrikarbeiterswitwe mehrere Tage lang ohne ärztliche Behandlung gelassen und nach dem Tode ihres zur nämlichen Zeit verstorbenen Mannes einen Totenschein ohne vorherige Totenschau ausgestellt habe, woran dann noch eine Bemerkung über eine unterschiedliche Behandlung geknüpft wurde, die bei manchen Aerzten beobachtet werden könne, je nachdem es sich um Großschieber und Großkapitalisten oder um Angehörige der Arbeiterklasse handele. Der verantwortliche Schriftleiter Edel ist wegen Beleidigung zu 800 Mark Strafe verurteilt worden. Die behaupteten Tatsachen seien nicht erweislich wahr. Die Behandlung des Ehepaares sei völlig einwandfrei gewesen. Dr. B. habe sogar mehr als seine Pflicht getan. Das Landgericht hat dem Angeklagten, der die Interessen des Proletariats wahrgenommen haben will, den Schutz von § 193 versagt. Dem Angeklagten sei es darauf angekommen, den Klassenkampf und Klassenhaß, unter dem gegenwärtig das deutsche Volk besonders zu leiden habe, im Interesse einer radikalen Arbeiterpartei zu schüren. Das sei kein berechtigtes Parteiinteresse. Das Recht der Schriftleitung zur Wahrnehmung von Parteiinteressen müsse verneint werden.

Die Revision des Angeklagten bekämpfte hauptsächlich die Auslegung des § 193 durch das Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1878, das seitdem die Grundlage der ständigen Rechtsprechung bildet. Es wurde gefordert, daß mit dieser Rechtsprechung, die von hervorragenden Strafrechtslehrern schon seit langem als irrig angefochten werde, endlich gebrochen werde, denn man müsse bedenken, daß man inzwischen eine Revolution gehabt habe, die auch eine geistige gewesen sei. Die bisherige Auslegung des § 193 finde in seinem Wortlaut keine Stütze. Das Urteil enthalte aber auch einen Rechtsirrtum. Indem die Staatsanwaltschaft das Verfahren aufnahm, habe sie dokumentiert, daß ein öffentliches Interesse vorliegt, festzustellen, ob Dr. B. seine Pflicht getan hat. Von diesem Standpunkt sei auch die Zeitung ausgegangen. Den Klassenkampf zu schüren sei der einzige Zweck der Unabhängigen Partei, sie sei, wie ihr Parteiorgan ausdrücklich besage, eine Klassenkampfpartei.

Das Oberlandesgericht hat auf Abweisung des Rechtsmittels erkannt. Das angefochtene Urteil beruhe nicht auf der Frage, ob die Wahrnehmung von Parteiinteressen eine Wahrnehmung berechtigter Interessen sei und welche Stellung der Presse hierbei zuzuweisen wäre, stelle vielmehr fest, daß der Angeklagte den Klassenkampf und Klassenhaß schüre. Möge nun der Klassenkampf ein berechtigtes Parteiinteresse sein, so gelte das aber nicht vom Klassenhaß. Klassenkampf sei auch ohne Klassenhaß möglich. Klassenhaß schüren heiße dagegen Verhetzung der Volksklassen gegeneinander. Die Schürung des Klassenhasses selbst als Mittel des Klassenkampfes sei indessen sittlich zu verwerfen und könne in der Rechtsordnung keinen Schutz finden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Die Geldnot der Kirche

Die Kirche ist, seit der Staat seine gebende Hand abzog, in schweren Geldnöten. Deshalb hat sie auch ein dringendes Interesse daran, alle ihre steuernden Schäflein zu behalten. Und darum erklärt sie in Flugblättern, in denen gegen die Kirchenaustrittsagitation gewettert und angebliche „Kirchensteuerlügen" widerlegt werden, diese Steuern für sehr niedrig, obwohl sie es keineswegs sind. Denn wenn ein Familienvater mit 12 000 M. Einkommen, je nach Kinderzahl, zwischen 50 und 70 M. jährlich allein an die Kirche zahlen soll, so ist das gewiß nicht wenig. Außerdem gibt es 1921 einen recht bittern Nachgeschmack, da im Vorjahre gar keine Kirchensteuern eingehoben worden sind; sie müssen nun dieses Jahr in der Höhe wie 1919 auf ein Brett nachgezahlt werden.

Zum Kirchenbauen freilich reicht auch dieses Geld nicht, und den Bemittelten fällt es gar nicht ein, etwas Besonderes für die Kirche und ihren Gott, der ihnen den Segen in den Schoß schüttete, zu tun. Und so kann denn auch die bereits vor dem Kriege begonnene Kirche in Vorstadt Cotta nicht vollendet werden. Um das bereits Fertige nicht ganz verfallen und wertlos werden zu lassen, hat das Hochbauamt einen neuen Bauplan ausgearbeitet: man will die begonnene Kirche in ein Kirchgemeindehaus umbauen. Es soll in dessen Erdgeschoß ein Saal für Gottesdienste und Gemeindeversammlungen, in den beiden Obergeschossen mehrere kleine Versammlungsräume und sechs Wohnungen hergestellt werden. Und das letzte ist gewiß das Gescheiteste.

Ganz ähnlich hat sich eine andre Dresdner Kirchengemeinde verrechnet. Am Stephanienplatz liegt die Kapelle der dortigen Kirchengemeinde, der seit einigen Jahren der Weg zur Trinitatiskirche zu weit war, um zu ihrem Gott zu gelangen. Neben der Kapelle liegt das Grundstück, auf dem die größere Kirche zu stehen kommen soll. Es war vor dem Kriege mit Schrebergärten belegt, die man aber während des Krieges beseitigt hat, um die Anlagen bereits vorzurichten, die vor die Kirche zu liegen kommen sollen, und Platz zum Grundgraben für diese selbst zu schaffen. Nach dem „Siege", den man bereits in der Hand zu haben glaubte und von dem man sich einen neuen Milliardensegen für Deutschland versprach (die Feinde müssen alle Kosten tragen!), sollte sofort der Kirchenbau beginnen. Man hat die Kleingärtchen ein wenig voreilig zerstört. Der Bauplatz kann noch eine Weile auf die Kirche warten. Vorläufig wird man entgegenkommenderweise und der Vereinigung wegen wieder wie früher Kartoffeln auf ihm anbauen.

Einstweilen aber können die Kirchensteuerzahler allerhand Erbauliches zwischen den Zeilen lesen: Im Kirchenblatt für Dresden-Trachenberge Nr. 7 vom Januar 1921 rechnet Herr Pfarrer P. seinen Schäfchen die Kirchensteuertabelle noch einmal vor. Er schreibt da wörtlich: „Und in der Zukunft? Die Reichsgesetzgebung läßt eine kirchliche Besteuerung bis zum zehnten Teile des Reichssteuerbetrages zu. Für Sachsen sind jedoch **bis auf weiteres** nur fünf Prozent vorgesehen."

Das heißt also: Jetzt lassen wir euch nur die Hälfte bezahlen, in Zukunft aber werdet ihr zehn Prozent, also noch einmal soviel als diesmal bezahlen müssen! Nach der Tabelle bezahlt ein Verheirateter mit zwei Kindern bei einem Einkommen von 15 000 M. 1560 M. Reichssteuer und 93 M. Kirchensteuer, also fünf Prozent. In Zukunft wird er aber zehn Prozent, also 156 M. bezahlen müssen. Denn die Kirche ist ja gar nicht in der Lage, nur die Hälfte der zugelassenen Steuern zu erheben, da sie doch auch den Vorschuß von zehn Millionen Mark, den der Landtag voriges Jahr bewilligt hat, zurückzahlen muß, ohne den 7-Millionen-Mark-Vorschuß, den die Regierung noch geben will! Die Kirchensteuerzahler wissen also, was ihnen bevorsteht.

Das Haus am Ring

Im Dresdner Anzeiger erörtert Professor Dr. **Gurlitt** das Projekt, am Ring ein großes Bureauhaus zu bauen. Er schreibt:

Die Frage, ob große Geschäftshäuser der angesehenen Art, so „Turmhäuser" nach Art der amerikanischen „Wolkenkratzer" erbaut werden sollen, hat die Fachwelt in jüngster Zeit vielfach beschäftigt. In eingehendem Vortrag hat der Berliner Architekt Professor Möhring unlängst in der preußischen Akademie für Bauwesen (inzwischen erschienen: Berlin, Zirkelverlag) sich zur Sache beifällig geäußert. Er tritt sehr entschieden darin für Hochbau ein, wenn durch diesen geschichtliche Kunstwerte nicht geschädigt und wenn geeignete Baustellen gefunden werden, so daß Anlieger nicht benachteiligt werden. Die technische Ausführbarkeit steht außer Zweifel, der Vorteil, viele Geschäfte und Bureaus in einem Hause vereint zu haben, ist unverkennbar, die Aufzüge überwinden leicht die Höhe des Hauses.

Denken wir an den Dresdner Plan, bei dem an eine Höhe von 7 bis 8 Stockwerken, also an die doppelte Höhe der Häuser am Altmarkt, nicht aber an Bauten von 30 und mehr Geschossen, wie sie in Newyork stehen, gedacht ist, und nehmen wir an, daß der mit dem Bau beauftragte Architekt ihm die beste Gestaltung verleiht.

Es würde dann der Südseite der Altstadt ein mächtiger Riegel vorgelegt werden in Massen, die die übrigen Bauten erdrücken. Er würde seine Schlagschatten bis in die Breite Straße werfen und dann für die dahinter liegenden Häuser die Luftzufuhr beschränken. Er würde die Gesamtwirkung der Stadt zweifellos ungünstig beeinflussen.

Nehmen wir an, daß jedes der 1000 Bureaus täglich von 10 Personen besucht, daß in die öffentlichen Säle täglich 1000 Personen gehen, so ergibt sich, daß das Haus täglich von 11 000 Personen besucht, also auf den Zugangsstraßen 22 000 Menschen mehr als heute hin und her gehen müssen. Ist es nun wünschenswert, daß die Altstadt durch erhöhten Verkehr belastet wird? Man betrachte z. B. die Seestraße in Nachmittagsstunden: die Fußsteige reichen nicht aus, der Fahrdamm ist von Fußgängern überflutet. Die jetzt so spärliche Zahl der Geschirre und Kraftwagen schiebt sich mit Mühe durch. Wie wird dies in Zukunft sich gestalten?

Es ist nicht nötig, daß ein solches Haus an einer der Hauptverkehrslinien errichtet wird: Wo es auch hinkommt, wird es den Verkehr an sich ziehen, schon durch den Umfang seines eigenen Verkehrs. Wo es auch steht, werden sich andre Geschäfte in seiner Nähe ansiedeln. Je größer ein Unternehmen ist, desto mehr darf man ihm Selbständigkeit in seinen Entschlüssen zutrauen, weitblickende Voraussicht. Die Erweiterung des Stadtkerns vollzieht sich ja von selbst. Vor 30 Jahren war z. B. die Prager Straße nur in sehr bescheidenem Maße Geschäftsgegend; da der Zufluß zu den großen Städten nicht nachläßt, wird man sich zu fragen haben, wo wird später gute Geschäftslage sein? Solche Erwägungen werden zur Entlastung der Altstadt führen, die notwendig ist, will man nicht gezwungen werden, ihre Straßen zu verbreitern auf Kosten der ohnehin so beschränkten Höfe.

Ich kann mir z. B. ein Turmhaus in der Nähe des Hauptbahnhofs denken, dort, wo noch weitere Freiflächen offenliegen, oder am Anfange der Bürgerwiesen; nicht aber an den wenigen noch freistehenden Grundstücken der Altstadt, die sich Stadt und Staat für in den Rahmen ihrer Umgebung passende öffentliche Bauten vorbehalten sollten.

Es fehlt auch noch der Nachweis, ob das Haus tatsächlich die erwarteten Vorteile bietet. Ob es bessere und billigere Räume herzustellen vermag, ob diese für die verschiedenen Sonderwünsche geeignet sein werden, um Rechtsanwälte, Aerzte, Agenturen usw. zur Aufgabe ihrer Geschäftsräume zu veranlassen. Und endlich, ob nicht die von diesen verlassenen Räume in bewohnbaren Zustand wieder zu versetzen sehr erhebliche Kosten verursachen wird: Kosten, die doch zumeist auf gesundheitlich nicht besonders wertvolle Bauten verwendet werden müßten. Denn es ist ein Unterschied, ob ein Gelaß nur zu achtstündiger Arbeit, oder ob es als Wohnstätte benutzt werden soll.

Die sächsischen Baugesetze gestatten ein Uebersteigen der sonst zulässigen Bauhöhe durch Genehmigung der Kreishauptmannschaft. Aber da es sich doch hierbei sicher nur um Einzelfälle handeln darf, muß vorher festgelegt werden, unter welchen Bedingungen eine solche Bevorrechtung eines Bauherrn vor andern gestattet werden darf: das sind Fragen, die vorher erledigt werden müssen, ehe man ans Bauen geht.

Man kann nach alledem wohl verstehen, warum der Gedanke, gerade an jener Stelle ein Riesengebäude zu errichten, Widerstand findet. Denn noch sind alle Vorfragen ungeklärt, die technischen wie die wirtschaftlichen und die künstlerischen — namentlich aber ist unaufgeklärt, wie ein solcher Bau auf den städtischen Verkehr einwirken wird.

Durch Unglück zur Schuld

Wegen schwerer Amtsunterschlagung wurde gegen den 34jährigen Ratsassistent Max Otto Jülich verhandelt. Der unbestrafte Angeklagte fungierte seit dem Jahre 1911 bei dem Stadtrat zu Pirna. Er hatte erst wenig verdient, bis 1. April 1919 125 M. monatlich, seit dieser Zeit 5600 M. und ab 1. Oktober 1920 6600 M. jährlich. Nach der Anklage hat J. seit dem Jahre 1914 in seiner Stellung nach und nach 54 000 Mark unterschlagen und die zu seinem Dienst gehörigen Listen unrichtig geführt. Durch die Vernehmung des Angeklagten erfuhr man, daß er 1909 eine Gastwirtstochter in Coswig geheiratet hatte. Nach zweijähriger Ehe gerieten die Schwiegereltern wirtschaftlich in Verfall und zogen dann mit bei dem Angeklagten auf. Es entstanden fortgesetzt Differenzen, die schließlich zur Scheidung führten. Von seinem 125 M. monatlichem Gehalt mußte J. 50 M. Unterhalt und 10 M. Gerichtskosten abgeben. Unter diesen mißlichen Verhältnissen hat er jahrelang amtiert und das einfachste Leben geführt. Dazu wurde er noch von seiner vormaligen Frau und deren Eltern so lange verfolgt, wo es nur ging. In der größten Bedrängnis vergriff er sich 1914 zum ersten Male an dem ihm anvertrauten Gelde, und zwar nur mit kleinen Summen. Größere Beträge hat er erst nach der riesigen Teuerung 1918 und 1919 genommen. Als er kein Ende in dem Unglück sah, erstattete er im Juli 1920 **Selbstanzeige und stellte sich der Polizei.** Vom Bürgermeister und einem weiteren Beamten wurde ihm das vorzüglichste Zeugnis im Dienst, wie außer Dienst ausgestellt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen lautete das Urteil auf **ein Jahr sechs Monate Gefängnis.** Von der Untersuchungshaft gelten acht Monate als verbüßt. In der Urteilsbegründung wurden die vielen Milderungsgründe angeführt. Die Geschworenen beschlossen einstimmig ein Gnadengesuch für den Rest der Strafe.

Noch ein Hölz-Prozeß

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung begann am Montag vor dem Schwurgericht eine auf zwei Tage berechnete Verhandlung gegen den 20jährigen Fleischer Hermann Robert **Gerisch** aus Oberreichenbach. Er ist beschuldigt, am 10. April 1920, abends gegen 11 Uhr, gemeinschaftlich mit andern die Villa des Baumeisters Franz Kaiser in Falkenstein, an der Oelsnitzer Straße in Brand gesteckt zu haben. Diese Verhandlung wird vom Landgerichtsdirektor Dr. Tittel geleitet. Als Staatsanwalt fungiert Dr. Stelzer, als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löffler, Plauen. Es sind 29 Zeugen geladen.

Aus der Vernehmung des Angeklagten ging hervor, daß er Anfang Februar in einer chemischen Fabrik, angeblich wegen Diebstahlsverdachts, entlassen worden ist. Die Mittäterschaft an dem Diebstahl bestritt er, wie auch die Brandstiftung, wegen der er vor den Geschworenen steht. Am 13. März erschien Hölz wieder in Falkenstein. Angeblich wollte G. gerade nach dem Ruhrgebiet abfahren; an der Bahnsperre traf er mit Hölz zusammen, der ihn für seine Rote Garde anwarb mit einer Tageslöhnung von 25 M., wofür er sich aber selbst beköstigen mußte. G. wurde einem Brandkommando zugeteilt. Am betreffenden Abend will er um 10 Uhr mit einem Former nach Hause gegangen sein und sich umgezogen haben. Zu der Zeit hätte es bei Kaiser schon gebrannt, er habe sich aber um nichts gekümmert. Er sei nach dem Umziehen wieder auf das Schloß gegangen und von da mit nach Klingental geflüchtet. Dort hätte ihm Hölz 1000 M. gegeben, während andre nur 500 M. erhielten. Deshalb sei es zu großen Differenzen und Schiebereien gekommen. Ein Motorrad sei aus Hölz' Auto erschossen worden. Er selbst will durch die Wälder wieder zurück nach Falkenstein, von dort nach Berlin, Spandau, Köln und wieder zurück nach Falkenstein geflohen sein.

Die Zeugen Pöhler und Pohland, die beide schon im Oktober 1920 wegen Brandstiftung in Hölz' Diensten zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, sagen übereinstimmend aus, daß Gerisch dem Brandkomitee angehört, mit Benzin Feuer in der Villa angelegt und das Haus darauf mit einem Korb voll gestohlener Sachen verlassen habe. Beide Zeugen versichern, daß Irrtum oder Verwechslung ausgeschlossen seien.

Die Verhandlung wird noch fortgeführt.

Landfriedensbruch

Am 10. Juli 1920 demonstrierte vor dem Rathaus in **Heidenau** eine große Menschenmenge aus der Einwohnerschaft der drei beteiligten Gemeinden Heidenau, Mügeln und Gommern, weil die Versorgung der Gemeinden mit Lebensmitteln viel zu wünschen übrig ließ. Unter der Einwohnerschaft zirkulierten Gerüchte, daß die Geschäftsleute, denen die Lebensmittelverteilung oblag, mit den Waren Schleichhändlergeschäfte trieben. Die Menge, etwa gegen 800 Personen, zog dann vor das Geschäft des Kaufmanns Wünsche in Heidenau, verschaffte sich gewaltsam Eintritt und lud die dort vorgefundenen Waren auf einen Wagen, die nach dem Rathaus gebracht wurden. Dabei sollen auch Waren ganz verschwunden sein. An der Zusammenrottung (§ 125 des Reichsstrafgesetzbuchs) waren u. a. beteiligt: Schlosser Georg Artur **Ulbricht**, Schmelzer Ernst **Fleische**, Arbeiter August Bruno **Körbis**, Weber **Hofmann**, Papiermacher Kurt **Laubner** und die Arbeitersehefrau Marie **Friebel**. Die beiden Erstgenannten sind in einem früheren Prozeß, der dieselbe Sache betraf, schon wegen Diebstahls bestraft worden. Vor dem Landgericht hatten sich nun alle sechs Angeklagten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Die meisten wollen nur durch Zufall in das Gedränge gekommen sein. Alle beschweren sich über die damalige Lebensmittelverteilung. Vom Gemeindevorstande wurden die damaligen Verhältnisse geschildert. Danach gingen vom Kommunalverband zu wenig Lebensmittel, namentlich Kartoffeln und Mehl, ein. — Das Gericht verurteilte die beiden Vorbestraften zu je 6 Wochen, die vier weiteren Angeklagten zur Mindeststrafe von je 3 Monaten Gefängnis. Allen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt.

Erhöhte Zuteilung reinen Weizenmehls. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle liefert bekanntlich seit dem 1. November 1920 den Kommunalverbänden auf Antrag **Kochmehl** (Haushaltmehl), das in einer Menge von 600 Gramm auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Reichsernährungsministers ist, wie schon gemeldet, diese Menge mit Wirkung vom 16. Februar 1921 von 600 Gramm auf **800 Gramm** erhöht worden. Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidestelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zur Zeit 7.50 M., entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Teuerungspreisen; dazu treten notwendige Zuschläge für den Kleinhandel. Das Mehl ist [illegible] und amerikanischen Körnern im Inlande hergestelltes Weizenmehl.

Luftverkehr Dresden—Berlin. Die Flüge Dresden—Berlin haben in Berlin direkten Anschluß an den Postflug nach Dortmund, und im Frühjahr soll die Anschlußstrecke von Berlin über Warnemünde—Kopenhagen hinzugefügt werden. Auch von Prag wird künftig ein Luftdienst nach Dresden eingerichtet, so daß dann eine direkte Verbindung zwischen Prag über Berlin nach dem Rheinland und Amsterdam und nach Warnemünde—Kopenhagen bestehen wird.

Das Lehrlingsheim in Dresden, Ammonstraße 40, das seit 37 Jahren an der Jugend eine segensreiche soziale Arbeit tut, entläßt zu Ostern wieder eine Anzahl seiner Insassen, denen es ein oder mehr Jahre Heim und Erziehung geboten hat. Trotz mancher Schwierigkeiten, mit denen seine Erhaltung jetzt verbunden ist, wird es vom Verein Lehrlingsheim weiterbewirtschaftet. Besonders auswärtigen Eltern, die ihre Kinder nach Dresden in die Lehre geben müssen, dürfte diese Gelegenheit, ihnen für verhältnismäßig geringes Entgelt ein Heim zu schaffen, willkommen sein. Einige Freistellen können auf Antrag gewährt werden. Meldungen und auch gütige Spenden an die obige Anschrift erbeten.

Volkshochschule. Vortragsreihe über „Das Arbeitsrecht im neuen Deutschland". Ueber das Arbeitsrecht herrscht sowohl in Arbeitgeber-, wie Arbeitnehmerkreisen eine geradezu erschreckende Unkenntnis. Eine Fülle von Arbeitsstreitigkeiten würde vermieden werden, wenn die einschlägigen Bestimmungen in weiteren Kreisen bekannt wären. Es ist daher zu begrüßen, daß die Leitung der Volkshochschule eine [illegible] Vortragsreihe über das Arbeitsrecht im neuen Deutschland eingerichtet hat. Diese findet **Freitags abends 7½ Uhr** im **Wettin-Gymnasium** statt. Vortragender ist Herr Syndikus Soldrig, ein im praktischen Industrieleben stehender Volkswirt.

Elternabend der 26. Volksschule. Am letzten Montag fand in der 26. Volksschule, Wurzener Straße 5, ein Elternabend statt, bei dem die Lehrer **Jahn, Abwert** und **Vater** über **Religionsunterricht und Volksschule** sprachen und folgende Entschließung gegen nur 6 Stimmen angenommen wurde: „Die am 31. Januar 1921 in der dicht gefüllten Turnhalle der 26. Volksschule versammelte Elternschaft lehnt sowohl den bekenntnismäßigen als auch den Religionsunterricht nach den Zwickauer Thesen ab und fordert die von der Lehrerschaft vertretene sittliche Lebenskunde. Sie lehnt auch deren Erteilung in besonders festgelegten Stunden ab und fordert die Einbeziehung in den Gesamtunterricht. Sie erkennt in der sittlichen Lebenskunde das geeignete Mittel zur [illegible] Bildung ihrer Kinder, das zu einer [illegible] tiefen Lebensauffassung führt."

Elternrat der 10. Volksschule, Marschallstraße. Mittwoch in der Turnhalle Elternabend mit Vortrag und freier Aussprache. Herr Dr. Wünsche spricht über die weltliche Schule. Alle Eltern und Erzieher werden hierzu freundlichst eingeladen.

Für den Haushalt. Freitag den 11. und Sonnabend den 12. Februar auf Landesfettkarte der Stadt Dresden, Februar [illegible] Gramm **Butter**, Preis 28.40 M. für ein Pfund gleich 5.70 M. für 100 Gramm. — Abschnitt X I der gelben Haushaltungskarte [illegible] eine der Kerze für 1.40 M. oder eine der Kerze für 1.30 M.

Ein Millionenschieber verhaftet. Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Direktor der Schokoladenfabrik und Genußmittelwerke, Freiberger Straße 119, **Wilhelm Löhen**, verhaftet worden und befindet sich bereits seit 14 Tagen in Untersuchungshaft. Den Bewohnern der Freiberger Straße, die Gelegenheit hatten, die bis in den Morgen hineindauernden Feste dieses Schiebers zu beobachten, werden diese Mitteilung mit einer gewissen Genugtuung lesen. Die organisierte Arbeiterschaft der Schokoladenindustrie hatte das Treiben des Löhen den Behörden auch schon mitgeteilt, aber strengste Zurückhaltung der Oeffentlichkeit gegenüber gewahrt, weil sie wußte, daß seit Monaten die Untersuchung im Gange war.

Schneller Tod. Am Montag nachmittag fiel vor dem Grundstücke Ammonstraße 51 ein 68 Jahre alter Herr plötzlich zu Boden und gab infolge innerer Krankheitsursachen seinen Geist auf.

Extravorstellung bei Sarrasani. Für die minderbemittelte Bevölkerung findet am Mittwoch um 3 Uhr eine Vorstellung zu durchweg halben Preisen für Kinder und für Erwachsene statt.

Königshof-Theater. Das Sittendrama von Thilo Schmidt und Heinrich Hilmar: Verlorene Töchter, gelangt ab Sonnabend täglich abends 7½ Uhr, **nur kurze Zeit,** zur Aufführung. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, **zum letzten Male,** das Zaubermärchen: **Hänsel und Gretel.**

Vortrag. Im Verein für Volkshygiene spricht Mittwoch Herr Professor Dr. **Beichorner**, leitender Arzt der Fürsorgestelle für Lungenkranke Dresden-Neustadt, über: **Katarrhe der Atmungsorgane.** Stadtverordnetensaal, Landhausstraße 7, II., Hof. Beginn abends 8 Uhr. Eintritt frei.

Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Dresden. Am 9. Februar, abends 7½ Uhr, in Löschkes Restaurant, Struvestraße, finden die Sitzungen des Beamten-Arbeitsausschusses und des Veranstaltungsausschusses statt. Kameraden, die in den Bezirken in einen dieser Ausschüsse gewählt wurden, werden gebeten, sich vollzählig einzufinden.

Reichsbund d. K. K. u. K., Bezirk Neustadt-Ost. Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Rabensteiner Schenke, Rabensteinstraße, **Bezirk Neustadt-West**, Sonnabend, abends 7 Uhr, im Neustädter Löwenbräu, Königsbrücker Straße, Mitgliederversammlungen. Kreistagsbericht.

Arbeiter-Esperantistenbund. Donnerstag, 7 Uhr, Restaurant Jüdenhof, Galeriestraße. Uebungsabend.

Dresdner Umgebung

Die Teuerungszulagen der Gemeindebeamten

Ein für die Gemeinden als auch deren Beamte gleich interessanter Prozeß wurde vor dem **Dresdner Verwaltungsgericht** verhandelt. Nach der Rückkehr aus dem Felde wurde der jetzige Stadtkassenkontrolleur König am 20. Dezember 1918 vom Stadtrat in **Radeberg** als Expedient angestellt. Die Gehaltsfrage sollte später endgültig geregelt werden. Da die Sache sich aber länger als von ihm erwartet hinzog, K. aber nach seiner Darstellung mit dem bis dahin bezogenen geringen Gehalt nicht auszukommen vermochte, sah er sich nach einer andern Stelle um, kündigte, nachdem er inzwischen zum Assistenten ernannt worden war, am 30. August 1919 für den 15. Oktober seine Stellung, weil er in Pulsnitz einen besser bezahlten Posten an diesem Tage antreten wollte. Am 14. Oktober 1919 beschlossen die städtischen Kollegien, ihren Beamten durchgängig das Monatsgehalt um 60 Prozent zu erhöhen, soweit sie nicht ihre Stellung gekündigt hätten oder ihnen die Stellung vom Stadtrat gekündigt worden sei. Der Beschluß hatte rückwirkende Kraft ab 1. Januar 1919. Die städtischen Angestellten erhielten auch unverzüglich die Zulagen ausgezahlt, während K. und sein Kollege Herrfurth leer ausgingen. K. hat den Stadtrat auf Nachzahlung verklagt, indem er geltend macht, der Beschluß der Stadtverordneten sei ungültig, weil er gegen die guten Sitten verstoße. Der Stadtrat hat den Anspruch abgewiesen, weil er sich zur Nachzahlung der Gehaltserhöhung an den Kläger mit Rücksicht auf den Wortlaut des Stadtverordnetenbeschlusses nicht für verpflichtet hält. Es habe sich um eine freiwillige Zuwendung an diejenigen Beamten gehandelt, deren Stellung nicht aufgekündigt war. Der Stadtrat nahm auch Bezug auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Herrfurth, das zugunsten der Stadtgemeinde ausgefallen ist. Herrfurth sei am 14. Oktober schon aus den städtischen Diensten ausgeschieden gewesen, während der Kläger am folgenden Tage ging. Demgegenüber beruft sich der Kläger auf einige Gerichtsentscheidungen, wonach die Nichtgewährung von nachbewilligten Gehalts- und Teuerungszulagen gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoße, Entscheidungen, die sich jedoch auf anders geartete Fälle beziehen. Das Verwaltungsgericht hat auf [illegible]

... richtung der Klage erkannt. Im wesentlichen hat es sich dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts im Falle Erfurt angeschlossen. Ein Recht auf Teuerungszulagen hätten die Gemeindebeamten zunächst nicht, sondern erst, wenn ein endgültiger Beschluß von Rat und Stadtverordneten vorliege und dieser den Beamten — was im Streitfalle nicht zutreffe — schriftlich mitgeteilt worden sei.

Großzschachwitz. Gemeinderatssitzung. In die Geschäftsordnung wird das Rauchverbot für den Zuhörerraum aufgenommen. ... Anfragen vom Zweikohlenschlamm soll auf den Anschlagtafeln bekanntgegeben werden. Die in letzter Schulvorstandssitzung ausgeworfenen 12000 M. für Lernmittelfreiheit sollen durch den Gemeinderat bewilligt werden, was eine sehr erregte Aussprache herbeiführt. Von bürgerlicher Seite werden 6000 M. vorgeschlagen. Man solle sich nicht so sehr auf Reichsmittel stützen. Genosse Bräuer meint, daß doch die Herren großes Vertrauen zur Reichsregierung haben sollten, da doch ihre Parteifreunde oben sitzen. Die Abstimmung ergibt 8 Stimmen für und 4 Stimmen gegen 12000 M. Das auf dem Gemeindegute geschlagene Nutzholz von Kirschbäumen soll an bedürftige Interessenten mit Meistangebot abgegeben werden, das an solche Interessenten ... unentgeltlich. — Der Kriegerehrungssammlung hat bis jetzt nicht die erwünschte Summe ergeben; vor allem sind größere Beiträge, auf die man gehofft hat, noch nicht eingegangen.

Aus dem Parteileben

Bezirk Trachenberge. Der für morgen abend angelegte Lichtbilder-Vortrag im Deutschen Hause muß wegen technischer Schwierigkeiten verschoben werden.

Bezirk Löbtau. Sonnabend den 19. Februar humoristisches Gesangskonzert der Dresdner Arminiasänger und ... im Trefferhof. Anfang 6 Uhr. Karten bei allen Bezirksfunktionären.

Gruna, Seidnitz, Reick. Mittwoch, abends 7 Uhr, Versammlung bei Herbold.

Kinderschutzkommission Dresden und Umgegend. Mittwoch Sitzung. Stellen: 2½ Uhr Schützenplatz und Dürerplatz.

Gewerkschaftsbewegung

Die sozialen Leistungen in den Gemeindebetrieben

Zu dem in der Nummer vom 27. Januar 1921 enthaltenen Beitrag aus dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbande unter der vorstehenden Ueberschrift erhalten wir vom Rat zu Dresden, Arbeitsamt, mit der Bitte um Aufnahme folgende Ausführungen:

„Wir können den vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Nummer vom 27. Januar 1921 enthaltenen Erörterungen, betreffend die sozialen Leistungen in den Gemeindebetrieben nicht allenthalben zustimmen. Vorauszuschicken sei, daß sich offenbar ein Druckfehler eingeschlichen hat: Der Durchschnittslohn beträgt nicht 5,51 M., sondern 5,31 M., wie er auch der weiteren Berechnung zugrunde gelegt ist. In den Ausführungen sind nun die Summen addiert, die für einen und für 1600 Arbeiter in 30 Jahren „abgezogen" werden, und die, wenn sie einem Pensionsfonds zugeführt werden, den Betrag von 111 510 000 M. ergeben würden. So kann man aber die Rechnung nicht aufmachen. Denn vom ersten Jahre der Rücklagen an werden ja schon fortgesetzt Ruhelöhne, Witwen- und Waisengelder gezahlt. Die Höhe dieser Beträge richtet sich überdies nach den jetzigen Löhnen, während die jetzt etwa in den Ruhestand tretenden Arbeiter (und die Hinterbliebenen) während des größten Teiles der Dienstzeit die dem früheren Geldwert entsprechenden Löhne bezogen haben, die früheren „Abzüge" daher auch außer jedem Verhältnis zu den jetzigen Versorgungsgebührnissen stehen.

Die Stadt kann, wenn sie die Frage beantworten will, wie hoch die Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu bewerten ist, die Frage nur dahin stellen: Wieviel kostet ihr diese Versorgung im Jahr und welchen Prozentsatz machen die Aufwendungen aus im Verhältnis zur gesamten Lohnsumme in einem Jahre? Den Weg stehen Erfahrungen in dieser Richtung nicht zur Seite. Wollen daher die Erfahrungen zugrunde gelegt, die der Staat in langer Zeit hinsichtlich der Aufwendungen an Pensionen, Witwen- und Waisengeldern für die Beamten gesammelt hat. Unter Beachtung des Umstandes, daß die Arbeiter-Ruhelöhne nur bis 75 Prozent betragen sollen, sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß die künftigen Aufwendungen an Alters- und Hinterbliebenenversorgung mindestens jährlich 15 Prozent der gesamten Arbeitslohnsumme betragen werden. Würde man die jetzigen Ruhelohn-, Witwen- und Waisengeldempfänger nach den in den Satzungen aufgestellten Grundsätzen unter Annahme einer durchschnittlichen 31jährigen Dienstzeit pensionieren bzw. in den Genuß von Hinterbliebenenbezügen setzen, so würde dies jährlich über 1 000 000 M. kosten.

Es handelt sich hierbei nach dem Stande vom Dezember 1920 um insgesamt 777 Köpfe (Ruhelohnempfänger, Witwen und Waisen zusammen). Diese Zahl ist im Verhältnis zu der jetzigen Arbeiterzahl überaus gering. Denn viele von den Arbeitern sind im Laufe der Zeit zu Beamten gemacht worden und beziehen demnach Beamtenpension und ihre Hinterbliebenen Beamtenhinterbliebenenbezüge. Hierzu kommt, daß die jetzt noch geltenden Bestimmungen über Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter erst im Jahre 1907 in Kraft getreten sind und daß die Arbeiterzahl seitdem erheblich gewachsen ist.

Ferner ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß bei der vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter aufgestellten Berechnung die Hinterbliebenenversorgung nicht ausreichend berücksichtigt ist. Gerade diese wird aber bei den verhältnismäßig hohen Beträgen und der oft sehr langen Bezugszeit große Aufwendungen erfordern. Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände wird die angegebene Summe von 11 151 000 M. Jahresaufwand für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter nicht zu hoch geschätzt sein."

Bei der Abschätzung der sozialen Leistungen der Gemeindebetriebe kommen also der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und das städtische Arbeitsamt zu verschiedenen Ergebnissen. Das ist erklärlich, da positive Unterlagen für diese Berechnungen fehlen. Da es wohl ausgeschlossen ist, daß durch weitere Artikel von der einen und der andern Seite ein einheitliches Resultat erzielt werden könnte, möchten wir die Diskussion über diese Frage in unserm Blatte schließen und die weiteren Erörterungen in die beiderseitigen Organisationen und in die gemeinschaftlichen Sitzungen der Vertreter beider Organisationen verweisen, wo durch Rede und Gegenrede weit eher als durch Artikel in der Presse eine Klärung erzielt werden kann.

Generalversammlung der Sattler und Portefeuiller

Die Dresdner Filiale des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller hielt am 1. Februar ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht vom Jahre 1920 erstattete Kollege Elsner. Im Anschluß daran berichtete er von den letzten Lohnverhandlungen in Stuttgart und Eisenach, den Reichstarif für die Reiseartikelbranche betreffend. Durch Beschluß des Tarifamts erfolgte ab 1. Januar 1921 eine generelle Lohnzulage von 10 Prozent. Den Kassenbericht erstattete Kollege Lippold. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl. Unter Geschäftlichem begründete Kollege Sommer eine von ihm vorgelegte, im Sinne des Offenen Briefes der V.K.P.D. gehaltene Resolution. Diese wurde nach lebhafter Debatte, die erst durch angenommenen Schlußantrag beendet wurde, gegen etwa 4 bis 5 Stimmen abgelehnt.

Zum Streik in der Konfektion

[illegible] die Dresdner Filialleitung des Bekleidungsarbeiter[illegible]

Seit einigen Monaten finden mit dem Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifs statt. Die am 25. und 26. Januar 1921 in Frankfurt a. M. letztmalig geführten Verhandlungen zeigten ein derartig geringes Entgegenkommen der Arbeitgeber, daß die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen sich die Frage vorlegen mußten, welche Haltung sie zu diesem ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber einnehmen sollten. Der am 6. Februar 1921 in Nürnberg tagende Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hat nun als Antwort auf die Verschleppungstaktik der Unternehmer den Streik proklamiert. Am 7. Februar traten in ganz Deutschland in allen Orten, wo der Arbeitgeberverband Ortsgruppen unterhält, die Konfektionsschneider und -schneiderinnen in den Streik.

Die Dresdner Arbeitgeber sind diesem Verband nicht angeschlossen. Wir richten aber an alle unsere Mitglieder das dringende Ersuchen, ein wachsames Auge zu haben, um die Unterbringung von Streikarbeit in Dresden zu verhindern. Jede diesbezügliche Beobachtung muß sofort im Bureau, Schützenplatz 20, gemeldet werden.

In einer demnächst stattfindenden Branchenversammlung wird alles Nähere erläutert.

Differenzen im Dresdner Friseurgewerbe

Die Arbeitnehmer des Friseurgewerbes waren gezwungen, an die Arbeitgeberkorporationen heranzutreten und eine wöchentliche Teuerungszulage von 50 M. zu fordern, da sie mit den jetzigen geringen Löhnen nicht weiter existieren können. Am 18. Januar wurde insofern eine Einigung erzielt, als die Arbeitgeber selbst zugaben, daß eine Erhöhung der Löhne eintreten müsse. Auf die gegenwärtigen Mindestlöhne soll ein Zuschlag von 30 M. wöchentlich gezahlt werden, vorbehaltlich der Zustimmung der Korporationen. Von einem Teil der Geschäfte wurden sofort die Bedienungspreise erhöht. Am 4. Februar erklärten aber die Arbeitgeber, sie könnten die vereinbarte Teuerungszulage nicht zahlen, sie wären jedoch gewillt, Prozente zu gewähren, aber nur von dem Ueberschuß der Einnahme, nachdem bereits alle Unkosten des Geschäfts abgezogen sind. Darauf konnte die Gehilfenschaft unter keinen Umständen eingehen. Die Verhandlungen sind gescheitert. Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes bittet das Publikum, die schon jetzt erhöhten Bedienungspreise der Arbeitgeber nicht anzuerkennen, solange nicht auch die Arbeitnehmerschaft das ihr zustehende erhält.

Streik der Dresdner Glasreiniger

Die Glasreiniger in Dresden befinden sich nunmehr die sechste Woche im Streik. Ihr Lohn betrug bisher 200 M. wöchentlich. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch legte einen Wochenlohn für den Monat Januar von 220 M. und vom 1. Februar an von 235 M. fest. Die Arbeitgeber machten darauf ein Angebot, das sich weit unter den Sätzen des Schiedsspruchs bewegte, so daß die Arbeiter darauf nicht eingehen konnten.

Nunmehr versuchen die Arbeitgeber durch Zeitungsinserate Leute zur Streikarbeit zu gewinnen. Der Deutsche Transportarbeiterverband fordert daher die organisierte Arbeiterschaft auf, die Glasreiniger in ihrem gerechten Lohnkampf zu unterstützen und derartige Streikarbeit abzulehnen.

Für den Streik kommen noch folgende Firmen in Frage: Saxonia, Johann-Georgen-Allee; Phönix, Grunaer Straße; Viktoria, Steinstraße; Wolf, Landhausstraße; Günther, Palmstraße. Dagegen haben die Forderungen bewilligt die Firmen Neubert, Walther, Adler, Exner, Richter und Alix. Die dort beschäftigten Glasreiniger sind mit Ausweiskarten versehen.

Wahlen im Holzarbeiterverbande

Die Neuwahl der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte folgendes Ergebnis:

Liste Springer-Lieske (V.K.P.D.) 6586 Stimmen,
Liste Freitag-Boese (U.S.P.D.) 5783 Stimmen,
Liste Sickfeld-Germroth (S.P.D.) 5007 Stimmen.

Da keine der Parteien die absolute Mehrheit erreicht hat, wird eine Stichwahl zwischen der unabhängigen und der kommunistischen Liste die endgültige Entscheidung bringen.

Die Auswahl der Lehrstellen

Zu der in der Nummer vom 31. Januar 1921 veröffentlichten Mitteilung über die Behandlung der Lehrlinge in der Drogenhandlung Spaltehold u. Bley legt uns der Inhaber, Herr Bruno Schmidt, Dresden, Pillnitzer Straße 20, eine Berichtigung zustellen, die folgende sachliche Feststellungen enthält: Die Firma hat regelmäßig nicht 5, sondern nur 3, auch 2 Lehrlinge beschäftigt. Die Behauptung, sie würden bei jeder Gelegenheit geschlagen, ist unwahr. Deshalb kann auch keine Rede davon sein, daß ein junger Mann ein körperliches Leiden von einer Züchtigung davongetragen habe. Unwahr ist ferner, daß der Inhaber der Firma nicht wiederzugebende Redensarten den Lehrlingen gegenüber gebrauche. Er nimmt es mit der Lehrlingsausbildung ernst und hält auf eine gute und gerechte Behandlung. Strenge Zurechtweisungen müssen natürlich erfolgen im Falle grober Pflichtvergessenheit und Lügenhaftigkeit. Unwahr ist endlich, daß die Organisation irgendwelche Ermahnungen an die Firma gerichtet hätte. — Wir überlassen es unsern Gewährsleuten, sich zu dieser Berichtigung zu äußern.

Ein Antistreikgesetz in Amerika

Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Senat einstimmig das Antistreikgesetz angenommen, dessen erster Paragraph lautet:

„Wer in der Absicht, im Verkehr mit dem Auslande oder der Einzelstaaten untereinander die Beförderung von Gütern zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf eine andere Weise versucht, irgendeine Person, die bei dem Transport solcher Güter tätig ist, zu überreden, ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer solche Personen dazu anregt, oder sie zu der Niederlegung ihrer Arbeit zu beeinflussen sucht, oder wer dieses Ziel mittels einer Vereinigung oder eines Verbandes zu erreichen trachtet, soll eines Verbrechens schuldig sein und zu einer Geldstrafe bis zu 10000 Dollar oder zu Gefängnis bis zu 10 Jahren oder zu beiden Strafen zugleich verurteilt werden."

Wenn das Repräsentantenhaus, dem der Entwurf nun vorgelegt wird, ebenfalls zustimmt, würde damit den Eisenbahn- und Transportarbeitern das Streikrecht vollständig genommen sein.

Der Handwerkerbeamtentag, der am Sonntag in Dresden abgehalten wurde, beschloß die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der handwerksmäßig vorgebildeten Staats- und Gemeindebeamten. Sie steht auf dem gewerkschaftlichen Standpunkt innerhalb des Deutschen Beamtenbundes.

Ende des Streiks in Eisleben. Der am Donnerstag nachmittag ausgebrochene Streik auf der Mansfeldischen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft ist durch Verhandlungen beigelegt worden. Die Belegschaften sind am Sonnabend vormittag wieder eingefahren.

Der Streik der Buchdrucker in Saarbrücken erstreckt sich auf das ganze Saargebiet. Wie verlautet, sind die Sonntag eingeleiteten Verhandlungen bisher ergebnislos verlaufen. Die Buchdrucker verlangen eine wöchentliche Zulage von 50 M. Mit Ausnahme der Saarbrückener Volksstimme (unserm Parteiorgan) erscheint keine Zeitung.

Aus aller Welt

Eisenbahnunglück in Oesterreich

Wien, 7. Februar. Nach Blättermeldungen hat sich bei Felixdorf ein Eisenbahnunglück ereignet, das nach den bisherigen Feststellungen 16 Todesopfer forderte. Schwerverletzt wurden 40 Personen.

Wien, 8. Februar. (Telunion.) Die Zahl der Verunglückten der großen Eisenbahnkatastrophe bei Felixdorf auf der Südbahn ist noch immer nicht ermittelt. Bei dem Unglück ereigneten sich zahlreiche Brutalitäten. Die Verletzten wurden bestohlen. Passagiere der 1. Klasse, die unverletzt geblieben waren, weigerten sich, ihre Plätze zu verlassen, um den Verwundeten Raum zu machen.

Verschiebung von Heeresgut

Dem Krim.-Insp. Jacobi ist die Reichstreuhandgesellschaft einer großen Verschiebung von Heeresgut nach Polen auf die Spur gekommen. Der Verwalter des optischen Lagers der Reichstreuhandgesellschaft in Spandau versuchte mit Hilfe einer Reihe von Schiebern optische Instrumente, die für Artillerie- und Infanteriezwecke gedient hatten, an polnische Aufkäufer zu verkaufen. Am Sonnabend wurden in Berlin 87 Kisten bei einem Spediteur beschlagnahmt, in denen sich 900 Rundblickfernrohre, 20 Artilleriezielfernrohre und 12 Scherenfernrohre befanden. Außerdem wurde weiteres Heeresgut im Werte von 200 000 Mark bei einem Fabrikbesitzer in Steglitz vorgefunden. Es konnten 14 Personen, die am Schmuggel beteiligt, verhaftet werden. Leider gelang es nicht, die polnischen Aufkäufer festzunehmen.

Eine „gerochene" Steuerhinterziehung

Wie das Berliner Tageblatt aus Halle meldet, erkannte das Finanzamt in Salzwedel gegen den Kaufmann Adolf Müller wegen wissentlich unrichtiger Angaben in seiner Steuererklärung auf eine Geldstrafe von 228 000 M. sowie auf Einziehung der verschwiegenen Vermögenswerte.

Riesige Heringsfänge?

Der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet über riesige Heringsfänge in der Nordsee. In Hamburg, Altona und Kuxhaven wurden an einem Tage dreiviertel Millionen Pfund Heringe eingeliefert. Auch in der Ostsee sind starke Heringsschwärme aufgetreten.

Eine zuverlässige Behörde

Hamburg, 7. Februar. Aus Hagenow wird berichtet: Am Freitag weilten hier Kriminalbeamte aus Berlin und Schwerin und stellten Untersuchungen über Schiebergeschäfte an, in die Beamte der Kreisbehörden verwickelt sind. Es handelt sich um umfangreiche Schiebungen von Zucker und ausländischem Mehl. Mehrere Verhaftungen, darunter die des Vorsitzenden der Kreisbehörde, Peters, wurden vorgenommen.

Der verdächtige Kraftwagen

Mainz, 7. Februar. Nach einer Meldung des Echo du Rhin aus Aachen ist am Donnerstag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzwache ein Kraftwagen angehalten worden, in dem der Direktor der Bank von Eupen sich befand, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält. Es sollen bedeutende Summen eingeschmuggelt worden sein. Da außerdem die Papiere der Reisenden nicht in Ordnung waren, hat die deutsche Schutzwache den Direktor, seinen Sekretär und den Chauffeur festgenommen, später aber wieder freigegeben, den Direktor jedoch nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Sonnabend den 12. Februar:

Bezirk West. Sitzung des Bildungsausschusses, abends 7½ Uhr, im [illegible]. Wer Interesse an den Bildungsbestrebungen unserer Bewegung hat, ist willkommen. — **Bezirk Altstadt.** Abends 7½ Uhr: Sitzung im Restaurant Ecke Ostra-Allee und Permoserstraße.

Die Arbeitsgemeinschaft für Zeichnen fällt heute abend aus, da Herr Fichtner plötzlich erkrankt ist. Der Wiederanfang wird bekanntgegeben.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. In der Abteilung für Schwerathletik des Freien Turn- und Sportvereins in Vorstadt Löbtau finden jeden Mittwoch in der Schulturnhalle, Herderstraße, Uebungsstunden statt, und können daselbst Interessenten jederzeit Aufnahme finden, ebenso sind Gäste stets gern gesehen. Die Abteilung bezweckt durch planmäßiges Training auf dem Gebiete der Schwerathletik seine Mitglieder zu gesunden, widerstandsfähigen und vor allem formvollendeten Menschen zu erziehen. — Löbtau. Donnerstag den 10. Februar, pünktl. 8½ Uhr: Versammlung im Sängerheim.

Fußballwettspiel-Resultate vom 6. Februar: Eichen I — Neustadt 5:1; Pirna I — Coßmannsdorf I 4:2; Pirna II — Deuben I 4:0; Pirna II — [illegible] II 4:3; Pirna IV — Heidenau IV 2:1; Pirna II (Jug.) — Heidenau III (Jug.) 2:1; Helios I — Heidenau I 1:2; Helios II — [illegible] IV 3:0; Helios III — Dohna II 7:2; Löbtau II — [illegible] I 4:1; Neustadt II — Radeberg II 2:2; Potschappel II — Coßmannsdorf II 0:2; Potschappel III — Birkigt II 6:0; Potschappel V — Birkigt III 4:2; Potschappel I (Jugend) — Coßmannsdorf I (Jugend) 0:0; Potschappel II (Jug.) — Cotta III (Jug.) 0:0; 01 (Jug.) — Gittersee (Jug.) 4:1; Gittersee II — Pannewitz I 3:2 (Protest); Gittersee IV — Pannewitz II 0:3.

Arbeiter-Samariter-Kolonne, Dresden. Sonnabend den 12. Februar, abends 7 Uhr, Versammlung im kleinen Saal Annensäle, Fischhofplatz. Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zum Bundestage. Nachdem Uebung. Jedes Mitglied muß erscheinen. — Bezirk 1, Altstadt. Dienstag den 15. Februar, Uebung im Tunnelsaal Tunnelrestaurant, Jagdweg. Vorführung der ärztlichen Instrumente.

Devisenkurse

Berlin, 7. Februar. (Amtlich.)

		7. 2. Geld	7. 2. Brief	5. 2. Geld	5. 2. Brief
Holland	100 Gulden	2182,85	2187,15	2132,25	2137,15
Schweiz	100 Frank	1011,45	1013,55	1006,95	1009,05
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	14,85½	14,90½	15,18	15,22
Prag	100 Kronen	77,15	77,35	77,32½	77,72½
Spanien	100 Peseten	874,10	875,90	874,10	875,90
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	462,—	463,—	462,—	463,—
Italien	100 Lire	225,80	226,—	224,25	226,75
London	1 Pfd. Sterl.	241,25	241,75	241,75	242,25
Neuyork	1 Dollar	62,86½	62,94½	62,80½	62,94½
Paris	100 Frank	441,05	441,95	441,05	441,95

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
Für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Beim Einkauf von Zahnpulver u. Zahnpasta verl. Sie ausdrücklich Nr. „23"
Die wissenschaftlich erprobten Zahnpflegemittel nach Zahnarzt Bahr. (1713)

Wir empfehlen:
Karl Hauptmann
Er und über ihn.
Herausgegeben von [illegible]
300 Seiten holzfreies Papier mit einem Bildnis des Dichters.
Preis 6.00 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10, und ihre Filialen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210208/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Die Nann

Ein Volksroman von Anna Croissant-Rust

In der Nacht raste, ganz plötzlich erwacht, der Sturm durchs Tal, fegte den Schnee hier weg und blies ihn dort fast haushoch zusammen. Alles war verändert ringsum, man kannte sich am Morgen fast nicht mehr aus, und die Kinder schauten mit großen, fast furchtsamen Augen auf die neuen Hügel und Täler, die entstanden waren. Später entdeckten sie erst, daß der Brunnen durch den starken Frost eingefroren war, nun hatten sie kein Wasser mehr und wußten, daß eine saure und harte Arbeit ihrer warte, denn jetzt hieß es Schnee holen, viel Schnee, und ihn dann schmelzen, um Wasser für den Haushalt zu bekommen.

Anderl sträubte sich, was er nur konnte, gegen diese Plage: das Liegen auf der Ofenbank und das Rauchen, das er nun angefangen mit alten Pfeifen und altem Tabak vom Vater, gefielen ihm viel besser. Aber sein Widerstand half nicht viel, die Juli war viel zu schwach, die schwere Arbeit allein zu tun, und schalt so lange, bis er sich endlich zur Hilfe entschloß. Aber er war böse auf Juli, daß sie ihn in seiner Muße störte, ganz wie wenn sie schuld daran trüge, daß der Brunnen eingefroren. „Wirscht a Tuifl wie der Boda," sagte er, doch die Juli war viel zu müde, um ihm zu antworten. Zu müde vom Arbeiten, zu müde vom trüben Einerlei der Tage. — Um sechs Uhr krochen sie manchmal schon in ihre Betten. Sie mußten Licht sparen, wer weiß, wie lange das Petroleum noch reichte, wer weiß, wie lange sie noch gefangen blieben! Auch am Morgen standen sie nicht zu frühzeitig auf, so hatten sie eine lange, lange Nacht und mußten oft beide wachen. Sie schliefen jetzt alle der Wärme halber in der großen Stube. Anderl war in den langen, dunkeln Nächten so furchtsam geworden, daß er schon aufschrie, wenn ein Brett krachte oder ein Scheit im Ofen umfiel. „Juli, es isch was!" schrie er in seiner Herzensangst, oder gar: „Juli, a Dieb!", und sie mußte den großen Buben beruhigen, wie ein kleines Kind. Sie selbst war sehr gewachsen in der letzten Zeit, sie war fast so groß wie Anderl, aber überall sahen ihr die Knochen heraus, die Kleider schlotterten an ihr herum und den ganzen Tag war sie müde. Am liebsten wäre sie immerfort sitzen geblieben und hätte immerfort auf die weiße Oede ringsum gestarrt, die tagein, tagaus sich glich, stumm, weit und ohne Erbarmen. Aber sie mußte ja mit Anderl Schnee holen, Eis aufhacken, kochen; wenn es nur endlich tauen wollte! —

Endlich, endlich fing es an in großen Flocken zu schneien, die wie weiße Vögel geflogen kamen; sie freuten sich beide, jetzt gab's Tauwetter! Und es schneite, schneite, daß sie kaum einen Schritt weit sahen; es schneite am Morgen, am Mittag und am Abend, und wieder am Morgen, am Mittag und am Abend. Als sie ins Bett gingen, war der Schnee so hoch gekommen wie das Fenster. Das beunruhigte besonders die Juli so, daß sie kaum schlafen konnte. Wenn es so weiterschneite, waren sie in ein paar Tagen begraben!

Während der Nacht entstand auf einmal ein furchtbares Getöse — ein langandauerndes Krachen war's, ein Splittern und ein Poltern — die Kuh wollte nicht aufhören mit Brüllen, und die Geiß meckerte dazwischen; es war ein beständiges Klirren der Ketten, ein immerwährender Lärm im Stall — die Juli fuhr im größten Schrecken auf, ihr Herz klopfte so, daß sie nichts anderes sonst hörte. Doch der Lärm wiederholte sich nicht, nur die Unruhe im Stall, das Klagen der Tiere dauerte an. Aber die Angst vor etwas Unheimlichem, das da draußen vorgehen mochte, verließ die Juli nicht. Mit einem Satz sprang sie aus dem Bett und verrammelte die Türe mit dem Tisch und mit Stühlen, damit ja nichts zu ihnen dringen könne. Anderl hatte sich in seiner Todesangst vollständig vergraben im Bett, er war nicht einmal dazu zu bewegen, eine Antwort zu geben. Ohne Laut, in stummem Schrecken hielt er sich die ganze Nacht unter den Kissen verborgen.

Die Juli hörte wohl das Stoßen gegen den Barren im Stall, hörte das Klagen der erschreckten Tiere, wagte es aber erst aufzustehen, als es hell wurde, und da stand sie mit Zagen auf, es war ihr, als müsse etwas Schreckliches auf sie da draußen warten. Nach vielem Zureden und Betteln und Bitten und Schelten und Zanken gelang es ihr, Anderl auf die Beine zu bringen; er hielt sich immerfort hinter ihr und dazu noch an ihrem Rocke fest, als sie ihn nach dem Stall mitnahm. Zweimal versuchte sie dort die Türe zu öffnen und fand nicht den Mut dazu, das drittemal machte sie gleich herzhaft weit auf.

Was war denn da geschehen?! Das war ja, wie wenn sie ins Freie gingen! —

Oben glanzlos schaute der blanke Himmel herein, auf dem Boden lagen große Haufen Schnees, Balken und Holzschindeln von dem durch den Schnee eingedrückten Dach durcheinander, das Vieh stand, steif vor Frost, mitten drinnen.

„Jeß' Maria, bes ga no!" schrie sie. Hatte sie es nicht dem Vater gesagt, das Dach sei schlecht, und hatte er es nicht ausbessern sollen? Nun war er im Haus herumgesessen, hatte gefaulenzt und war gegangen, ohne nur einen Nagel da oben einzuschlagen! Und sie begann in Verwünschungen auszubrechen gegen diesen Vater, der sie verhungern und verkommen und elend zugrunde gehen ließ, der sie allein da heroben wußte und nicht kam und nicht bei ihnen blieb — es war ihr ganz aus dem Sinn gekommen, daß sie es nicht hatte erwarten können, bis er aus dem Haus ging!

„Jetz hammer's, jetz hammer's!" jammerte sie und lief wie eine Verrückte hin und her mit Schaufel und Körben und schaufelte und schleppte; aber obgleich sie beide mit aller Kraft arbeiteten, sah man gar nicht, wo sie angefangen hatten! Wo sollten sie denn die Kraft hernehmen, den vielen Schnee wieder wegzuschaffen?

In der Stube saß die Nann, neben ihr begann Anderl zu heulen, vor ihr klagte die Kuh, da fing auch die Juli bitterlich zu weinen an.

„Was tuan mir, Anderl! Was tuan mir?" jammerte sie.

Da hatte Anderl einen guten Gedanken, einen so guten, daß er viele Jahre lang, wenn er gescholten und für tappsig und blöd erklärt wurde, nie vergaß, ihn aufzutischen.

Er nahm die Kuh an der Kette, führte sie stolz über den Gang nach der Küche und holte auch die Ziege nach. Dann zündete er im Herd ein gutes Feuer an und brachte den erfrorenen Tieren Futter. Die Ziege fing gleich, obzwar immer noch mit anklagendem Meckern, zu fressen an, aber die Kuh schnupperte nur so am Futter herum und gab ihr heiseres Brüllen nicht auf.

Auch in der Stube machte Anderl ein großes Feuer und wärmte Milch für die Nann, denn die Juli war ganz aus der Fassung gebracht, ganz verwirrt, und anstatt wie sonst den Anderl anzutreiben, ließ sie nun alles geschehen, was er tat, sie wußte sich keinen Rat mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Der rasende Philister

Er hat einmal den „Asmus Semper" geschrieben und den „Appelschnut" erzählt, lang ist es her . . .

Damals war er wie eine Hoffnung.

Der Krieg ist ihm in die Knochen gefahren, er wurde der deutsche d'Annunzio.

Er hat einmal den „Flachsmann als Erzieher" geschrieben, lang' ist es her . . .

Damals war er wie ein Signal.

Das Essen bekam ihm zu gut und er die geistige Podagra.

Er hat einmal Freiheitsgedichte geschrieben, lang' ist es her . . .

Damals war er wie ein Ruf.

Dann murkste er Friedrich Nietzsche ab, seinen Todfeind, den Antiphilister. Ein Schächten war's . . .

Heute?

Heute ist er literarischer Reklamechef für die deutsche Reaktion, geht als Paradepferd für den Stall Scherl und — hat ein „Antikommunistisches Manifest" geschrieben, das anonym, wie sich das für einen allweisen Literaten geziemt, in Hamburg gedruckt ist. Es ist unter Verdrehung einer Anzahl Marxzitate ein Giftergusß gegen die Sozialdemokratie, was das Hamburger Parteiblatt, dem der Wind auf den Tisch fliegt, festnagelt.

Otto Ernst, Mitglied der Orgesch und der Einwohnerwehr, stürzt wutentbrannt in die Druckerei, das Setzerpersonal muß antreten und der rasende Philister versucht den Schuldigen zu eruieren. Das „Antikommunistische Manifest" aber liegt in Ballen versandbereit . . .

Er hat einmal . . .

Ach ja, lang' ist es her . . .

W. V.

Carl Hauptmann als Mensch

Carl Hauptmann, der [illegible] Kunst, hat mit seinem Dichten „im Schatten [illegible] standen und uns Mensch wurde [illegible] mit dem [illegible] Gelingen des Bruders [illegible] [illegible] der [illegible] hat aber nicht [illegible] das Verhältnis trüben können, das sie [illegible] an verknüpfte. Karl Hauptmann gehört in die [illegible] nicht nur als selbständiger Künstler, sondern [illegible] entscheidende Freund und Berater Gerharts. Als [illegible] auch in Rat und Tat förderlichsten Freund" hat ihn [illegible] in seiner Gerhart-Hauptmann-Biographie [illegible] Vater sorgte der ältere Bruder für den jüngeren, [illegible] die Anlagen des Knaben erkannt und ihm den Weg [illegible] tum bereitet. Als Gerhart in seinen Schulheften [illegible] und kleine Märchen niederschrieb und die andern [illegible] lachten und tadelten, ermutigte ihn Karl und [illegible] Weise. Er war es, der es dem Bruder ermöglichte, die Kunstschule zu besuchen, der ihn dann zu sich nach Jena, wo er bei Haeckel Naturwissenschaften studierte, [illegible] jungen Bildhauer einführte in den Kreis der Akademiker [illegible] eine neue Weltanschauung erschloß. Mit Karl kam [illegible] erstenmal nach Italien und verlebte mit ihm sechs [illegible] Capri, die für die Entwicklung seines Talentes in mancher [illegible] entscheidend waren. Und der engverbundene Lebensweg der [illegible] wesensverwandten Brüder, von denen Karl seinem Alter [illegible] Bildung nach der führende und gebende war, führte sie [illegible] in gleichem Schicksal. Die beiden Brüder lernten zwei [illegible] kennen, an die sie ihre Herzen verloren, und Karl [illegible] Martha Thienemann, dann Gerhart ein halbes Jahr [illegible] heim. Aus den „Steingräbern der Großstadt" zog es [illegible] Schwesternpaare hin zur Natur; sie siedelten sich außerhalb [illegible] an. Als dann Karl in Zürich mit einer [illegible] Arbeit über die „Bedeutung der Keimblättertheorie" [illegible] machte und sich unter dem Einfluß des Philosophen Avenarius immer mehr den Erkenntnis[illegible] da zog er auch Gerhart nach Zürich, der hier die [illegible] [illegible] erhielt. So ist der sechs Jahre Aeltere in der [illegible] der Dichterlaufbahn seines Bruders, dessen guter Geist [illegible] und nach dem ersten Erfolg von „Vor Sonnenaufgang" [illegible] Telegramm des jubelnden, das den Bruder am meisten [illegible] es lautete: „Tausend Freuden über Deinen ersten Schritt [illegible] Unsterblichkeit."

Diese engen Beziehungen zwischen den beiden [illegible] deren Kenntnis wir Mitteilungen von Karl Strecker [illegible] danken, werfen ihr Licht auch auf die weitere Entwicklung [illegible] späterer Zeit ist wohl Karl, zuerst der Gebende, mehr der [illegible] gewesen, und des Bruders Vorbild mag mit den [illegible] dazu gegeben haben, daß er sich von der wissenschaftlichen [illegible] schung mehr und mehr der Dichtung zuwandte. [illegible] kam auch ihm „seine höchste Kraft und alle Meisterschaft [illegible] heimischen Erde allein". In der Nähe des Bruders, in Schreiberhau, siedelte er sich an und hat alle seine Werke in [illegible] Bauernhaus geschrieben, in dem er sich so innig verbunden [illegible] mit der geheimnisvollen Geisterwelt des schlesischen Gebirges [illegible] jener tiefen Mystik, aus der schon der Schlesier Jakob Böhme [illegible] Angelus Silesius gedichtet hatten. Das kleine Zimmer, [illegible] Wände mit Büchern und Schriften angefüllt waren, [illegible] ihm zu unendlichen Fernen dichterischen Schauens. [illegible] Frühe aufwacht, morgens 4 Uhr, ist er an seinen [illegible] genagelt," so hat uns ein Besucher, der Breslauer [illegible] Meckauer, sein Schaffen geschildert. „Neben ihm [illegible] braunen Kaffees. Sein Schreibtisch, von welchem [illegible] überdeckt, ein Altar, den er mit Ketteln wie mit weißen [illegible] überstreut, auf dem er die Feuer entfacht, die das [illegible] leben. Der starke Duft des Getränkes beflügelt [illegible] nimmt einen Schluck, und seine Feder rast über das [illegible] die Welt sich den Traum aus den Augen reibt, sind [illegible] mit seinen großen Schriftzügen gefüllt." Diesem Besucher [illegible] über hat sich Hauptmann über den Urgrund seines Dichtens [illegible] gesprochen. „Der Intellekt," sagte er, „spannt [illegible] um das Lebendige zu fangen. Aber hat er es [illegible] saugt er es bald aus wie eine goldene Spinne und [illegible] bis es den letzten Blutstropfen gespendet. Und [illegible] Form bleibt übrig von der lebendigen Substanz. [illegible] der Intellekt in sich aufsaugt, desto ärmer wird er an [illegible] Auge dagegen ist die reine Flamme, in der die Dinge [illegible] ohne zu brennen. Durch das Auge allein sinkt das [illegible] die Seele. Der Künstler muß das Gras aufsäen, [illegible] seinen Blumen wachsen. Diese Jätearbeit ist seine [illegible] Tat. Das ist sein Bilden, Formen und Schöpfen. Die [illegible] machen von den tausendfältig verwirrten Fäden, sie zu [illegible] ungen machen, die sie in ihrem Heimatlande, der [illegible] das ist das Werk des Dichters."

Kautabak

nur beste Marken

Stangen, Bündel, Rollen, Knoten, Twist und geschnittenen

kaufen Sie billigst bei (b 1780)

Emil Schneider Nachf.

Dresden-N., Große Meißner Str. 12.

Gegründet vor 80 Jahren. — Telephon 11680.

Abgabe auch an Wiederverkäufer.

Billig! Frisch eingetroffen Vom Besten das Beste **Billig!**

Prima reines weißes

Schweineschmalz Pfd. 13,00 M.

bei 5 Pfd. 12.90 M., bei 10 Pfd. 12.75 M.

Feinste (b 1772)

Tafel-Süßrahm-Margarine Pfund 10.50

do. do. in Würfeln Pfund 11.00

Ideal-Milch, gr. Dose nur 9.00

Süße Milch in Weißblechdosen 10.50

Pa. Tafelöl Pfd. nur 17.00

Feinste Tageseier Stück 1.80

Gebr. Schubert, Telephon 19718

Annenstr. 17, gegenüber der Annenkirche.

Juwelen & Goldwaren

Joh. **Kneisel** Nchf.

16 Dresden Pillnitzer Str. 16

langjähriger Mitarbeiter d. Firma Gustav Sirt

Einkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf.

Eröffnung Donnerstag 10. Februar!

Gute Stoffe beste Verarbeitung tadelloser Sitz

die besonderen Merkmale meiner Kleidung

Die drei Spezialabteilungen

Herrenkleidung

Damenkleidung

Maß-Anfertigung

von tüchtigen Fachleuten geleitet bieten Gewähr für gewissenhafte Ausführung aller Aufträge. Zwanglose Besichtigung meines Lagers überzeugt Sie von meiner Leistungsfähigkeit

Mein Grundsatz Gut u. billig

Richard Paul

Wilsdrufferstrasse Ecke Postplatz

Feines weißes

Speisesalz

5 Pfund 1.20 M.

10 Pfund 2.30 M.

Zentnerweise billiger. Bitte Beutel mitbringen.

Kurt Zeiler

14 Stephanienstraße 14

Wir empfehlen:

Liebknechts

Volks-Fremdwörterbuch

14. Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt

Preis gebunden 20 M.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Warum die Plage?!

In einer Stunde vertilgen Sie mit Garantie

Läuse

[illegible] „Kampolsa" [illegible]

Buchhandlung von Kaden & Comp.

Wettinerplatz 10

Soeben erschien:

Teuerung und Geldentwertung

Von Dr. Max Sachs.

Preis 2 Mark